

Gesamtwirtschaft

<i>Absatz und Produktion</i>	G 1.1	Bruttoinlandsprodukt
	G 1.2	Produktion, Produktivität, Erwerbstätige
	G 1.3	Bruttowertschöpfung Deutschland
<i>Beschäftigung und Arbeitslosigkeit</i>	G 2.1	Arbeitsmarktbilanz
	G 2.2	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen
	G 2.3	Erwerbstätige nach Personengruppen
	G 2.4	Arbeitslose nach Arbeitnehmergruppen
	G 2.5	Arbeitsplatzdefizit
	G 2.6	Fiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit 2004
	G 2.7	Gründe für Arbeitsunfähigkeit
<i>Einkommen</i>	G 3.1	Volkseinkommen und Lohnquote
	G 3.2	Gewinne
	G 3.3	Monatseinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer
	G 3.4	Monatliches Haushaltseinkommen
	G 3.5	Steuern
	G 3.6	Preisindex für die Lebenshaltung
<i>Außenhandel</i>	G 4.1	Wichtige Posten der Zahlungsbilanz
	G 4.2	Entwicklung des Außenhandels
	G 4.3	Wichtige Handelspartner
	G 4.4	Außenhandel nach Branchen
	G 4.5	Direktinvestitionen

G 1.1 Bruttoinlandsprodukt

	2000	2003	2004	2005	00-03	2004	2005
	in jeweiligen Preisen - in Mrd. Euro -				jahresdurchschnittliche reale Veränderung in Prozent		
Verwendung des Inlandsprodukts							
Konsum	1.606	1.704	1.726	1.749	0,5	0,0	0,2
Privater Konsum	1.214	1.288	1.313	1.332	0,5	0,5	0,2
Staatskonsum	392	416	413	417	0,7	-1,6	0,1
+ Bruttoinvestitionen	449	373	381	386	-5,0	2,9	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	442	384	385	385	-3,5	-0,1	-0,2
. Ausrüstungsinvestitionen	177	147	149	154	-3,8	2,7	3,9
. Bauinvestitionen	242	213	211	206	-4,0	-2,4	-3,4
. Investitionen in sonstige Anlagen	24	25	25	25	3,6	1,8	1,9
Vorratsveränderung	7	-12	-4	1			
= Inlandsnachfrage	2.055	2.076	2.106	2.135	0,3	1,5	1,4
davon aus Inlandsprod.	1.374	1.391	1.373	1.346	0,4	-1,3	-2,0
+ Außenbeitrag	7	88	110	112			
Export	688	773	843	902	4,3	9,3	6,3
Import	681	685	733	790	1,6	7,1	5,3
= Bruttoinlandsprodukt	2.063	2.163	2.216	2.247	0,4	1,7	1,0

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18 Reihe 1.4 Detaillierte Jahresergebnisse (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)

Kennzahlen:

Bruttoinlandsprodukt: Maß für die im Inland erbrachte wirtschaftliche Leistung (Produktion von Waren und Dienstleistungen), Ausweis in realen Werten

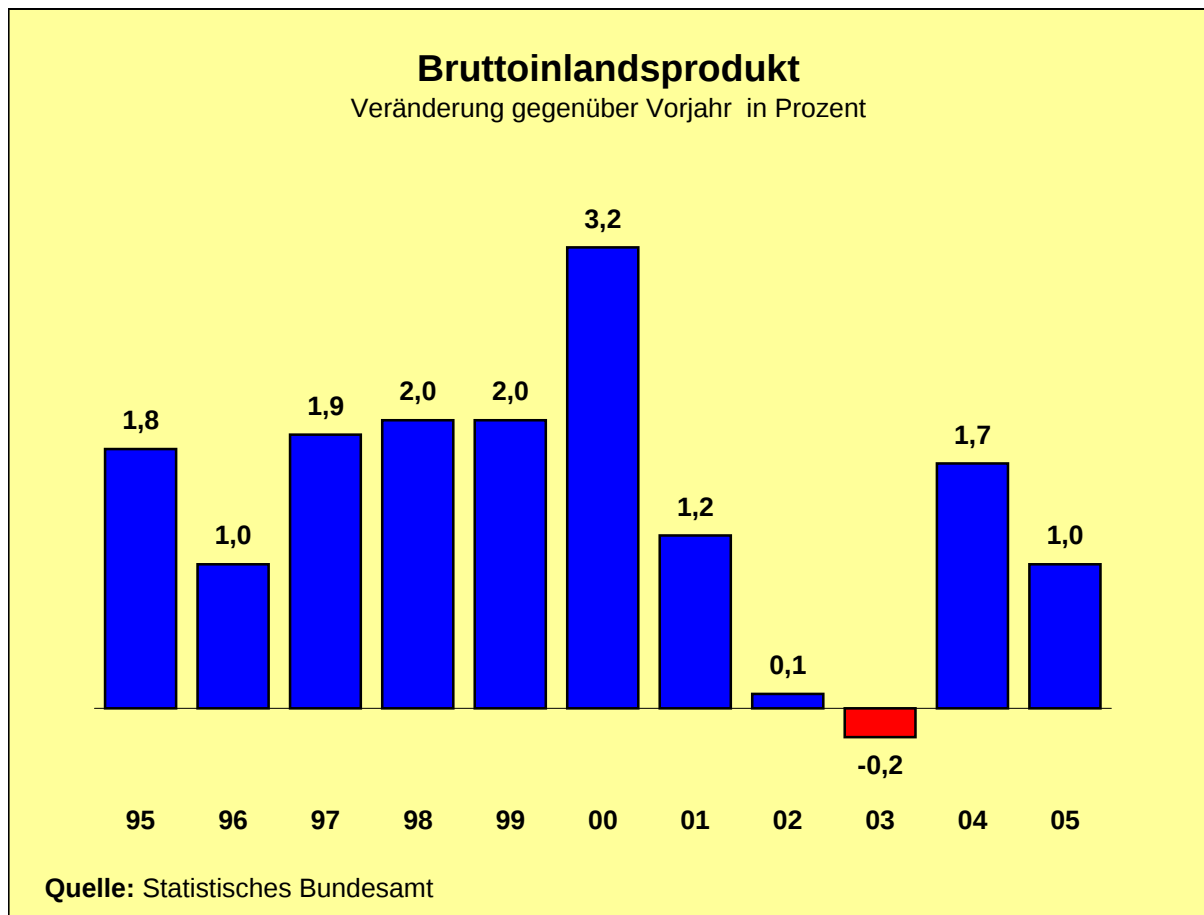
Privater Konsum: Verwendung des Inlandsprodukts der privaten Haushalte und privaten Organisationen für Konsum

Staatskonsum: Aufwendungen des Staates z.B. für Verwaltungsleistungen und Rüstungsausgaben

Bruttoinvestitionen: Anlageinvestitionen einschl. Vorratsveränderungen. Sie entsprechen den Käufen von Anlagen, Gebäuden und Grundstücken, die eine Nutzungsdauer von mehr als einem Jahr haben. In den Bruttoinvestitionen sind sowohl Ersatzinvestitionen - der Ersatz verbrauchter Anlagen - als auch die Anschaffung zusätzlicher Anlagen enthalten.

Außenbeitrag: Export (Ausfuhr) minus Import (Einfuhr) von Waren und Dienstleistungen

Bemerkungen: Vorratsveränderungen und Außenbeitrag: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes werden diese Werte nicht als realer Index ausgewiesen. Entsprechend wird in der Darstellung darauf verzichtet reale Veränderungen auszuweisen.



Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung. Das BIP setzt sich aus verschiedenen Komponenten wie den privaten und staatlichen Konsumausgaben, den Investitionen sowie dem Außenbeitrag (Exportüberschuss = Exporte minus Importe) zusammen. Die einzelnen Komponenten haben sich sehr unterschiedlich entwickelt. Das Problem der wirtschaftlichen Entwicklung kann auf folgende Faustformel gebracht werden: Export top, Binnenwirtschaft flop!

Die Exporte waren einmal mehr der Wachstumsmotor (+9,3 % in 2004 und +6,3% in 2005). Das Wachstum wäre in den vergangenen Jahren höher gewesen, wenn auch die inländische Nachfrage Impulse erhalten hätte.

Doch hier zeigen sich zwei Problemfelder:

- 1) Die öffentlichen Haushalte unterliegen dem Dogma der Ausgabenkürzung. Die konjunkturpolitische Verantwortung öffentlicher Haushalte wird nicht wahrgenommen. Zu sehr schränkt die Sparpolitik die Politik insgesamt ein.
- 2) Der private Konsum stagniert, da die Mehrheit der privaten Haushalte zu wenig Geld in der Tasche hat. Während die Gewinn- und Vermögenseinkommen kräftig steigen, stagnieren die Einkommen bei den privaten Haushalten. Die Löhne entwickelten sich insgesamt nur schwach, die Renten stagnieren und Hartz IV führt im Ergebnis zu weniger Geld in den Taschen von Arbeitslosen.

Mit weiteren Sparhaushalten und stagnierenden Einkommen kann die Blockade auf dem Binnenmarkt nicht überwunden werden. Notwendig sind öffentliche Zukunftsinvestitionen sowie steigende Masseneinkommen. Für eine solch konjunkturgerechte Politik macht sich die IG Metall stark.

G 1.2 Produktion, Produktivität, Erwerbstätige

	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005
BIP	2000=100	100,0	101,2	101,3	101,1	102,8	103,8
Produktivität	2000=100	100,0	101,8	103,3	104,6	105,5	107,2
Arbeitsvolumen	in 1.000 Std.	57.459	57.142	56.322	55.539	55.962	55.638
Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen	Stunden	1.468	1.453	1.441	1.434	1.440	1.435
Erwerbstätige (Inland)	in 1.000	39.144	39.316	39.096	38.722	38.868	38.783
		Veränderung zum Vorjahr in Prozent					
BIP		3,2	1,2	0,1	-0,2	1,7	1,0
Produktivität		2,6	1,8	1,6	1,2	0,9	1,6
Arbeitsvolumen		0,6	-0,6	-1,4	-1,4	0,8	-0,6
Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen		-1,2	-1,0	-0,8	-0,5	0,4	-0,3
Erwerbstätige		1,9	0,4	-0,6	-1,0	0,4	-0,2

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18 Reihe 1.4 Detaillierte Jahresergebnisse (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)

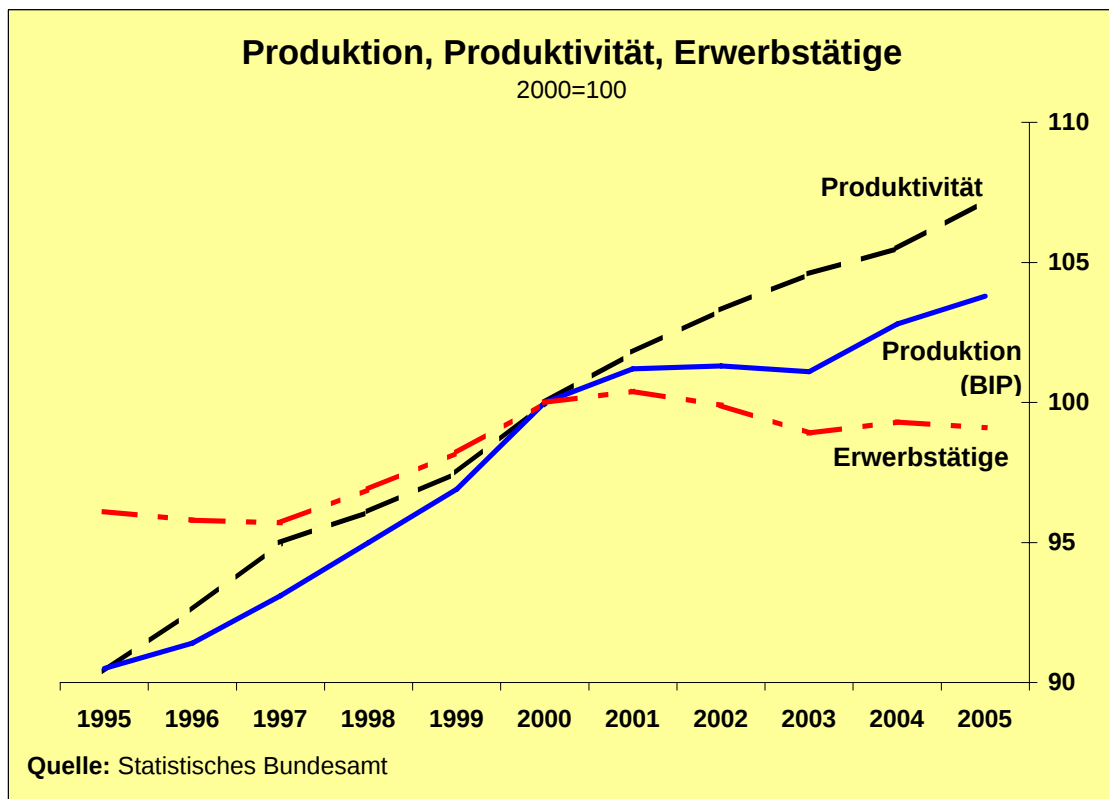
Kennzahlen:

Bruttoinlandsprodukt (BIP): Maß für die im Inland erbrachte wirtschaftliche Leistung (Produktion von Waren und Dienstleistungen).

Produktivität ist das reale Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde.

Jahresarbeitszeit ist die durchschnittliche jährliche effektive Arbeitszeit je Erwerbstätigen (Teilzeitbeschäftigte umgerechnet).

Arbeitsvolumen ist die Summe aller geleisteten Arbeitsstunden.



Seit dem Beginn der siebziger Jahre liegen die **gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten** der **Produktion** fast ununterbrochen **unter denen der Produktivität** (Produktion je Arbeitsstunde). Als unmittelbare Folge sinkt das Arbeitsvolumen, da die gleiche Menge an Gütern und Dienstleistungen in kürzerer Zeit hergestellt werden kann.

An diesem Trend hat sich auch seit der Wiedervereinigung wenig geändert. Ausnahmen waren lediglich die Jahre 1998 bis 2000. Hier nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion stärker zu als die Produktivität.

Inzwischen wird der Ruf nach einer Arbeitszeitverlängerung laut. Die Idee ist simpel. Wenn alle für das gleiche Geld mehr leisten, sinken die Lohnkosten. Ein Arbeiter, der Waschmaschinen zusammenbaut, schafft dann mehr, ohne seinen Arbeitgeber mehr zu kosten. Die Firma senkt den Preis ihrer Waschmaschinen, kann mehr davon verkaufen - und die Erlöse fließen in neue Jobs. So weit die (neoliberale) Theorie. In der Praxis ist es aber keineswegs zu erwarten, dass zum einen die Kostenvorteile vollständig an die Konsumenten weitergegeben werden und zum anderen eine gestiegene Nachfrage besteht. Folglich steigt die Arbeitslosigkeit, weil für die Produktion weniger Personal benötigt wird.

G 1.3 Bruttowertschöpfung Deutschland

	2000	2003	2004	2005	00-03	2004	2005
	in jeweiligen Preisen - in Mrd. Euro -				jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent		
Bruttowertschöpfung insgesamt	1.856	1.949	2.003	2.029	1,6	2,8	1,3
Land-, Forstwirt., Fischerei	24	21	22	18	-3,1	3,3	-19,5
Produzierendes Gewerbe	562	561	583	602	0,0	3,8	3,3
- Verarbeitendes Gewerbe	426	434	456	478	0,6	5,0	5,0
- Baugewerbe	96	85	83	78	-4,2	-2,1	-5,6
Dienstleistungsgewerbe	1.271	1.367	1.398	1.409	2,4	2,3	0,8
- Handel, Gastgewerbe, Verkehr	337	350	360	366	1,2	2,9	1,8
- Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen	511	568	584	590	3,6	2,7	1,2
- Öffentl., private Dienstleister	423	449	455	452	2,0	1,3	-0,5
	Anteil an Bruttowertschöpfung in Prozent						
Land-, Forstwirt., Fischerei	1,3	1,1	1,1	1,1			
Produzierendes Gewerbe	30,3	28,8	29,1	29,7			
- Verarbeitendes Gewerbe	23,0	22,3	22,8	23,6			
- Baugewerbe	5,2	4,4	4,1	3,8			
Dienstleistungsgewerbe	68,5	70,1	69,8	69,4			
- Handel, Gastgewerbe, Verkehr	18,2	18,0	18,0	18,0			
- Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen	27,5	29,1	29,2	29,1			
- Öffentl., private Dienstleister	22,8	23,0	22,7	22,3			

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18 Reihe 1.4 Detaillierte Jahresergebnisse (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)

Kennzahlen:

Bruttowertschöpfung: Produktionswert einer Periode abzüglich Vorleistungen

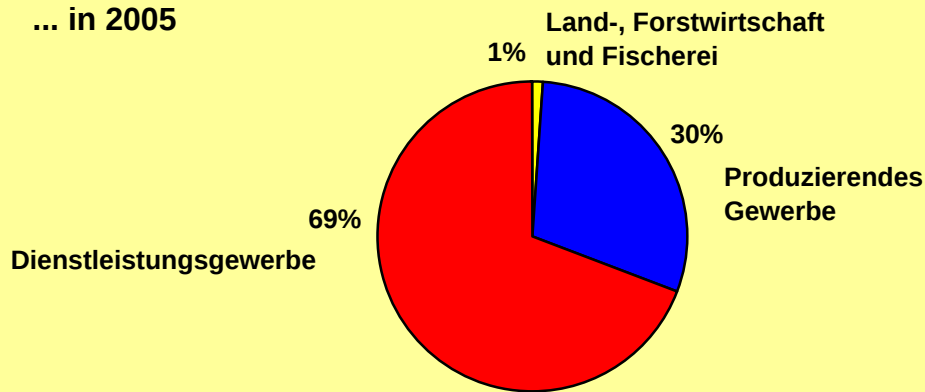
Handel, Gastgewerbe, Verkehr: Groß-, Einzelhandel, Handelsvermittlung, Eisenbahnen, Schifffahrt, Post

Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister: Banken, Versicherungen, Wohnungsvermietung, Hardwareberatung, Softwarehäuser, Datenverarbeitungsdienste, Forschung und Entwicklung

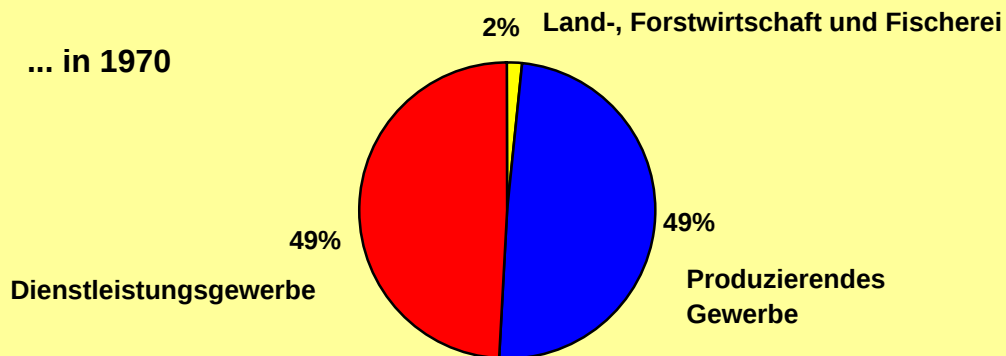
Öffentliche und private Dienstleister: Bildung, Gesundheitswesen, Entsorgung, Kirchen. Häusliche Dienste

Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung

... in 2005



... in 1970



Quelle: Statistisches Bundesamt

Der langfristige Vergleich der Wertschöpfungsanteile in den drei Wirtschaftssektoren

- Land- und Forstwirtschaft (**primärer Sektor**)
- Produzierendes Gewerbe (**sekundärer Sektor**)
- Dienstleistungen (**tertiärer Sektor**)

zeigt die zunehmende Bedeutung von Dienstleistungen.

Schon 1970 war der Anteil des primären Sektors an der Bruttowertschöpfung auf knapp zwei Prozent geschrumpft. Die restliche Wertschöpfung wurde jeweils zur Hälfte im sekundären und tertiären Sektor erbracht. Aktuell liegt der Anteil des produzierenden Gewerbes bei 29 Prozent und der Anteil des Dienstleistungsgewerbes bei 69 Prozent.

Oftmals wird in der öffentlichen Diskussion aus dieser Entwicklung der Schluss gezogen, dass die industrielle Produktion für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung völlig an Bedeutung verlieren wird. Tatsächlich hat aber das Produzierende Gewerbe maßgeblich zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Zudem besteht häufig ein enges Verhältnis zwischen industrieller Produktion und Dienstleistungen.

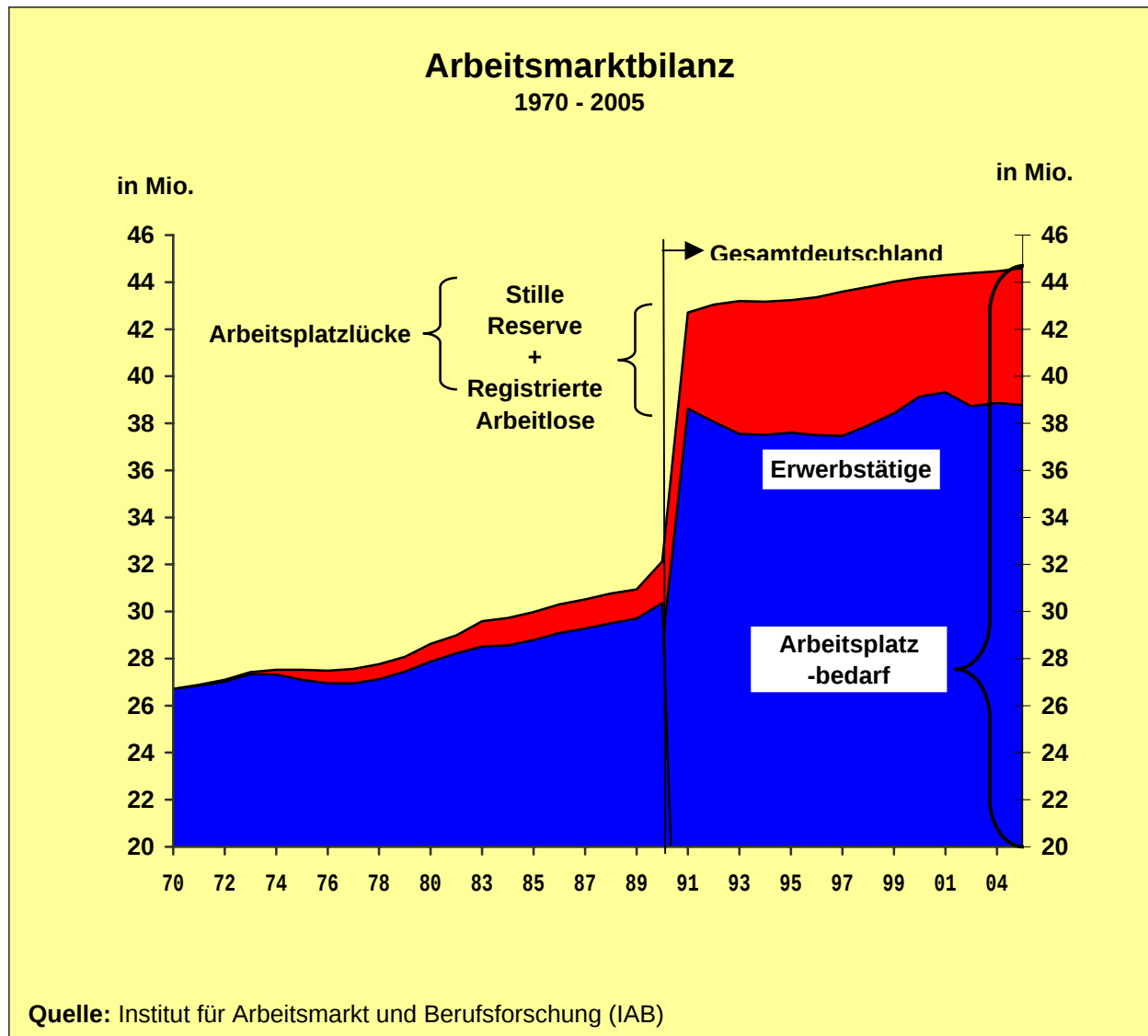
G 2.1 Arbeitsmarktbilanz

Jahr	Erwerbs- personen- potenzial	Erwerbs- tätige	Arbeitsplatzlücke		
			insgesamt	registrierte Arbeitslose	Stille Reserve
			in 1.000		
	Deutschland				
1991	42.706	38.621	4.196	2.602	1.594
1992	43.042	38.059	5.114	2.978	2.136
1993	43.202	37.555	5.811	3.419	2.392
1994	43.177	37.516	5.857	3.698	2.159
1995	43.238	37.601	5.848	3.612	2.236
1996	43.357	37.498	6.120	3.965	2.155
1997	43.593	37.463	6.463	4.384	2.079
1998	43.801	37.911	6.252	4.281	1.971
1999	44.027	38.424	5.973	4.100	1.873
2000	44.181	39.144	5.418	3.890	1.528
2001	44.298	39.316	5.376	3.853	1.523
2002	44.333	39.096	5.665	4.061	1.604
2003	44.391	38.722	6.158	4.377	1.781
2004	44.458	38.868	6.190	4.381	1.809
2005	44.604	38.783	6.391	4.861	1.530
	absolute Veränderung in 1.000				
1992	336	-562	918	376	542
1993	159	-504	697	441	256
1994	-25	-39	45	279	-234
1995	61	85	-9	-86	77
1996	120	-103	272	353	-81
1997	236	-35	343	419	-76
1998	208	448	-211	-103	-108
1999	226	513	-279	-181	-98
2000	154	720	-555	-210	-345
2001	117	172	-41	-37	-4
2002	36	-220	289	208	81
2003	58	-374	493	316	177
2004	67	146	32	4	28
2005	146	-85	201	480	-279

Quelle: Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB)

Bemerkung: siehe auch G 2.5

Kennzahl: Die amtliche Statistik weist als Maß für die **Angebotsseite des Arbeitsmarktes** die Zahl der **Erwerbspersonen** aus (Erwerbstätige + Arbeitslose). Dabei werden aber die Personen nicht berücksichtigt, die weder erwerbstätig noch arbeitslos gemeldet sind, aber arbeiten wollen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bezieht diese **Stille Reserve** folgerichtig in seine Berechnungen mit ein und bezeichnet die Angebotsseite des Arbeitsmarktes als Erwerbspersonenpotenzial (Erwerbstätige + Arbeitslose + Stille Reserve).



Auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin keine Besserung in Sicht. Die Lücke zwischen dem Erwerbspersonenpotential und den tatsächlich Erwerbstätigen wächst weiter. Die Politik scheint augenblicklich die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit von der Agenda genommen zu haben. Viel zu sehr ist die Diskussion um Arbeitslosigkeit auf individuelle Leistungsanreize und die "unwilligen Arbeitslosen" beschränkt.

Es fehlt augenscheinlich am politischen Willen, sich tatsächlich der Misere auf dem Arbeitsmarkt anzunehmen. Unberücksichtigt bleibt allzu oft, dass die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit der Schlüssel für die Bewältigung anderer wirtschaftlicher Probleme (z.B. Haushaltsdefizit und Finanzierung der Sozialversicherungen) ist.

Im Jahr 2005 fehlten in Deutschland knapp 6,4 Millionen Arbeitsplätze. Neben den offiziell arbeitslos gemeldeten Personen muss auch noch die Stille Reserve bei der Betrachtung der Arbeitsplatzlücke betrachtet werden. In der Stillen Reserve sind Personen zusammengefaßt, die sich in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik befinden sowie Personen, die aufgrund der schlechten Arbeitsmarktlage und fehlender Leistungsansprüche auf eine offizielle Arbeitslosmeldung verzichtet haben.

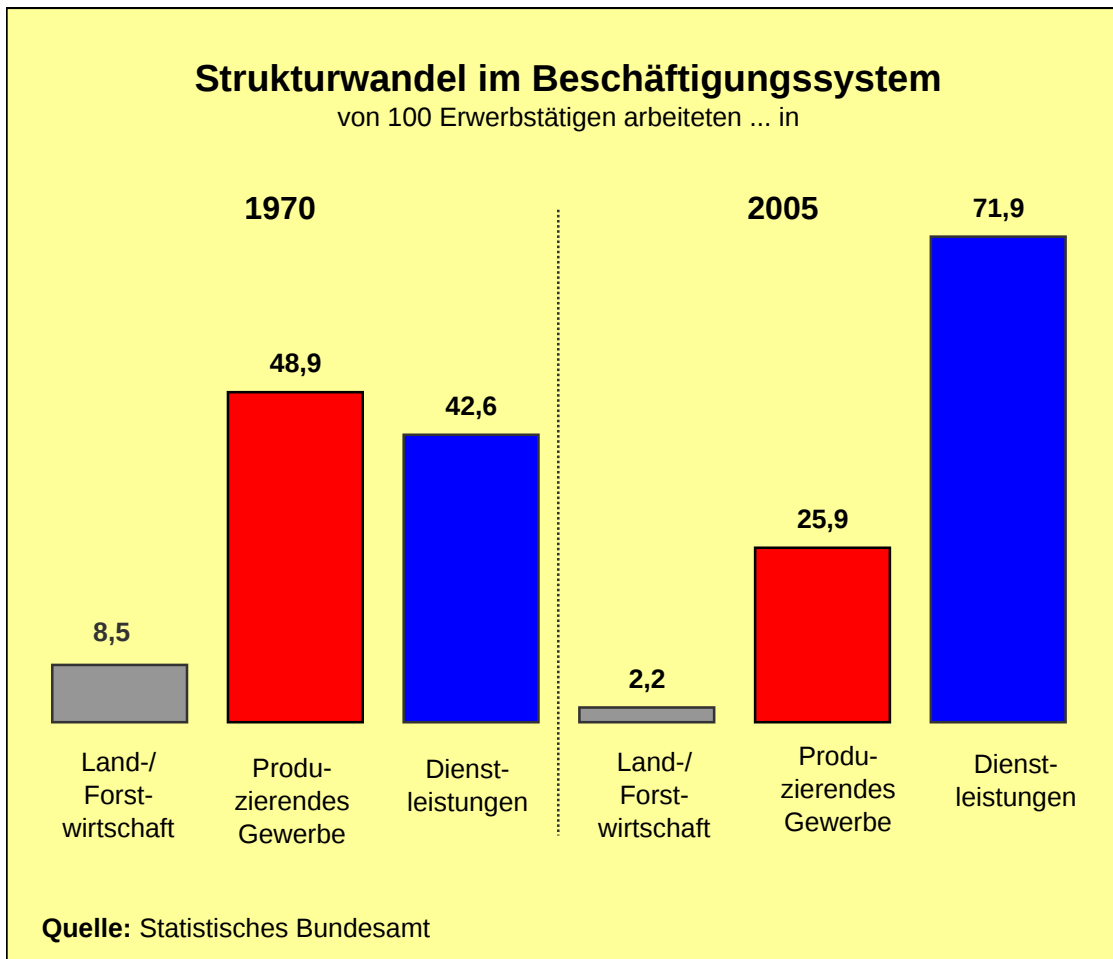
G 2.2 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

	1991	2003	2004	2005	91-03	2004	2005
	in 1.000				Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent		
Erwerbstätige insgesamt	38.621	38.722	38.868	38.783	0,0	0,4	-0,2
Land-, Forstwirt., Fischerei	1.515	881	873	853	-4,8	-0,9	-2,3
Produzierendes Gewerbe	14.136	10.461	10.269	10.028	-2,7	-1,8	-2,3
- Verarbeitendes Gewerbe	10.591	7.750	7.632	7.504	-2,6	-1,5	-1,7
- Baugewerbe	2.805	2.322	2.251	2.146	-1,7	-3,1	-4,7
Dienstleistungsgewerbe	22.970	27.380	27.726	27.902	1,6	1,3	0,6
- Handel -, Gastgewerbe, Verkehr	9.318	9.717	9.789	9.738	0,4	0,7	-0,5
- Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen	3.736	6.128	6.309	6.411	4,6	3,0	1,6
- Öffentl., private Dienstleister	9.916	11.535	11.628	11.753	1,4	0,8	1,1
	Struktur (Anteile in Prozent)						
Land-, Forstwirt., Fischerei	3,9	2,3	2,2	2,2			
Produzierendes Gewerbe	36,6	27,0	26,4	25,9			
- Verarbeitendes Gewerbe	27,4	20,0	19,6	19,3			
- Baugewerbe	7,3	6,0	5,8	5,5			
Dienstleistungsgewerbe	59,5	70,7	71,3	71,9			
- Handel -, Gastgewerbe, Verkehr	24,1	25,1	25,2	25,1			
- Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen	9,7	15,8	16,2	16,5			
- Öffentl., private Dienstleister	25,7	29,8	29,9	30,3			

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18 Reihe 1.4 Detaillierte Jahresergebnisse (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)

Kennzahlen:

- Erwerbstätige:** Erwerbstätige im Inland
- Handel, Gastgewerbe, Verkehr:** Groß-, Einzelhandel, Handelsvermittlung, Eisenbahnen, Schifffahrt, Post
- Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister:** Banken, Versicherungen, Wohnungsvermietung, Hardwareberatung, Softwarehäuser, Datenverarbeitungsdienste, Forschung und Entwicklung
- Öffentliche und private Dienstleister:** Bildung, Gesundheitswesen, Entsorgung, Kirchen, Häusliche Dienste



Insgesamt ist es im letzten Jahr zu einem Rückgang der Erwerbstätigen um -0,2 Prozent gekommen. Hinter diesem Rückgang vollzieht sich zudem noch eine Veränderung zwischen den einzelnen Sektoren. Arbeitsplätze sind vor allem im Dienstleistungsgewerbe und hier vor allem im Bereich öffentliche und private Dienstleister (plus 1,1%) sowie im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen (plus 1,6%) entstanden. Dagegen gab es einen Rückgang im Produzierenden Gewerbe von 2,3 Prozent.

Allerdings ist zu beachten, dass ein nicht unerheblicher Teil der Beschäftigung im Dienstleistungssektor durch Auskopplung von Unternehmensteilen aus der Industrie entstanden ist. Dieser Prozess wird als **Out-Sourcing** bezeichnet. Die Nachfrage nach Arbeitskräften in diesem Bereich hängt eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung im herkömmlichen Industriesektor zusammen.

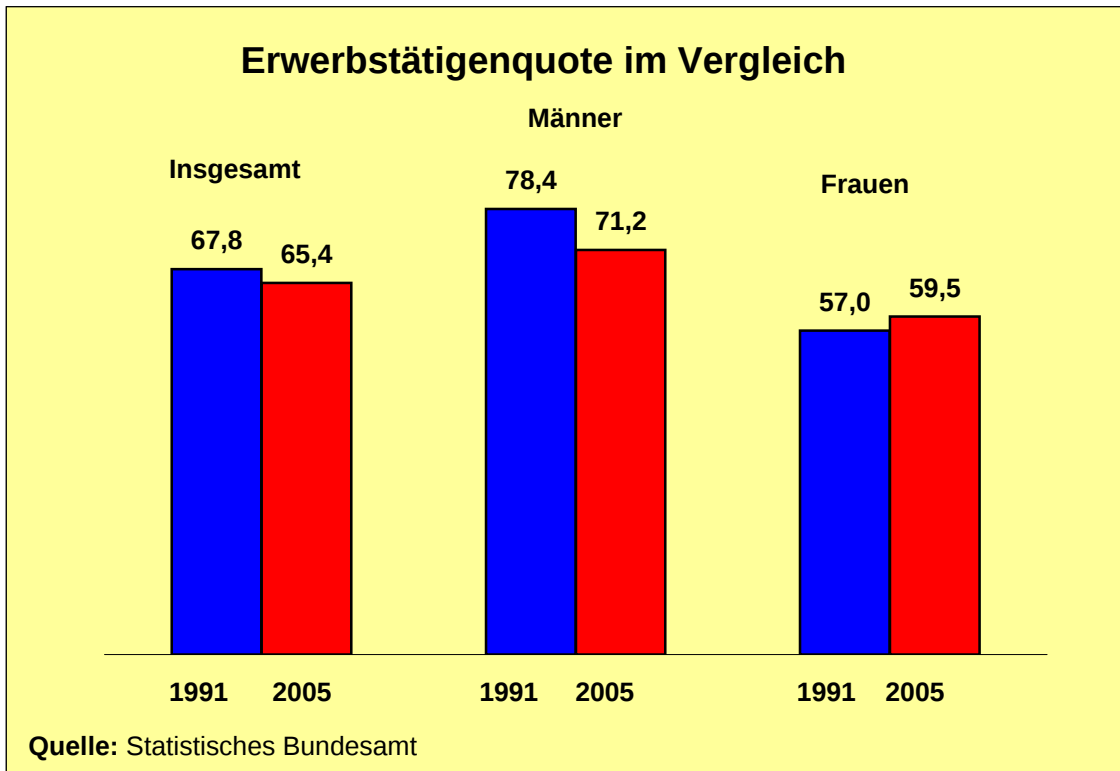
G 2.3 Erwerbstätige nach Personengruppen

		1991	1995	2001	2003	2005
Erwerbsquote	%	72,6	71,9	72,6	73,3	73,7
Männer	%	82,9	81,0	80,1	80,3	80,4
Frauen	%	62,1	62,6	64,9	66,1	66,8
Erwerbstätigenquote	%	67,8	64,6	65,8	64,9	65,4
Männer	%	78,4	73,9	72,7	70,9	71,2
20 bis 25 Jahre	%	75,1	70,2	69,8	63,9	61,2
40 bis 45 Jahre	%	93,3	90,2	89,1	86,9	86,5
60 bis 65 Jahre	%	31,1	26,2	29,1	31,1	35,8
Frauen	%	57,0	55,1	58,8	58,8	59,5
20 bis 25 Jahre	%	70,2	63,0	63,2	60,4	57,4
40 bis 45 Jahre	%	70,3	70,8	75,2	74,9	75,1
60 bis 65 Jahre		9,9	10,1	13,6	15,9	20,7

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 (Mikrozensus)

Bemerkung: Im **Mikrozensus 2005** wurde von einer festgelegten zur gleitenden Berichtswoche umgestellt. Außerdem hat sich die Aufteilung der Gebietsstände verändert, so dass ein Vergleich mit früheren Daten nur bedingt möglich ist.

Kennzahlen: **Erwerbsquote:** Prozentualer Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und registrierte Arbeitslose) an der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.
Erwerbstätigenquote: Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung (Alter von 15 bis unter 65 Jahren).



Die Erwerbstätigenquote vermittelt einen Eindruck darüber, wieviele Personen in der Gesamtwirtschaft arbeiten. Die Erwerbsquote beinhaltet daneben auch die als arbeitslos registrierten Personen. Kinder, Jugendliche sowie Personen über 65 Jahren werden bei dieser Betrachtung nicht miteinbezogen.

Die Erwerbsquote ist von 1991 bis 2005 von 72,6 Prozent leicht auf 73,7 Prozent angestiegen. Wird zudem bei der Erwerbsquote nach Geschlecht unterschieden, so fällt eine rückläufige Quote bei den Männern sowie eine steigende Quote bei den Frauen auf. Hierin drückt sich die steigende Erwerbsneigung von Frauen aus. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Betrachtung der Erwerbstätigenquote. Diese variiert nicht nur zwischen Männern und Frauen, auch hinsichtlich des Lebensalters gibt es große Unterschiede. So waren im Jahr 2005 über 86 Prozent der Männer im Alter zwischen 40 und 45 Jahren erwerbstätig. Bei den Männern im Alter zwischen 20 bis 25 Jahren waren es nur 61 Prozent und bei den Älteren zwischen 60 und 65 Jahren etwas mehr als jeder Dritte. Bei den Frauen ergibt sich ein ähnliches Bild mit jeweils geringerem Niveau bei den verschiedenen Altersgruppen.

Die Erwerbsquoten der Älteren zeigen, dass nur eine Minderheit das derzeitige Rentenalter mit 65 Jahren erreicht. Viele ältere Arbeitnehmer nutzen derzeit die Altersteilzeit, Vorruhestandsregelungen oder sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Die geplante Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre wird im Ergebnis nicht zu einer höheren Erwerbstätigenquote führen. Vielmehr steht zu befürchten, dass die Anhebung des Rentenalters zu einem massiven Rentenkürzungsprogramm wird.

G 2.4 Arbeitslose nach Arbeitnehmergruppen

	1991	2003	2004	2005	1991	2004	2005
	in 1.000				Struktur in Prozent		
Arbeitslose	2.617	4.380	4.381	4.860			
- Männer	1.285	2.448	2.449	2.605	49,1	55,9	53,6
- Frauen	1.331	1.932	1.932	2.255	50,8	44,1	46,4
- Deutsche	2.393	3.831	3.831	4.187	91,5	87,4	86,2
- Ausländer	223	549	550	673	8,5	12,6	13,8
- Vollzeit	2.369	3.986	3.990	4.410	90,5	91,1	90,7
- Teilzeit	248	394	391	450	9,5	8,9	9,3
- unter 25 Jahre	274	515	504	619	15,2	11,5	12,7
- über 55 Jahre	-	527	483	580	-	11,0	11,9
- Langzeitarbeitslose	-	1.503	1.681	1.515	-	38,4	31,2
	in Prozent						
Arbeitslosenquoten							
- insgesamt	7,3	10,5	10,5	11,7			
- Männer	6,4	12,4	12,5	13,4			
- Frauen	8,6	10,8	10,8	12,7			
- Ausländer	-	20,4	20,3	25,2			

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

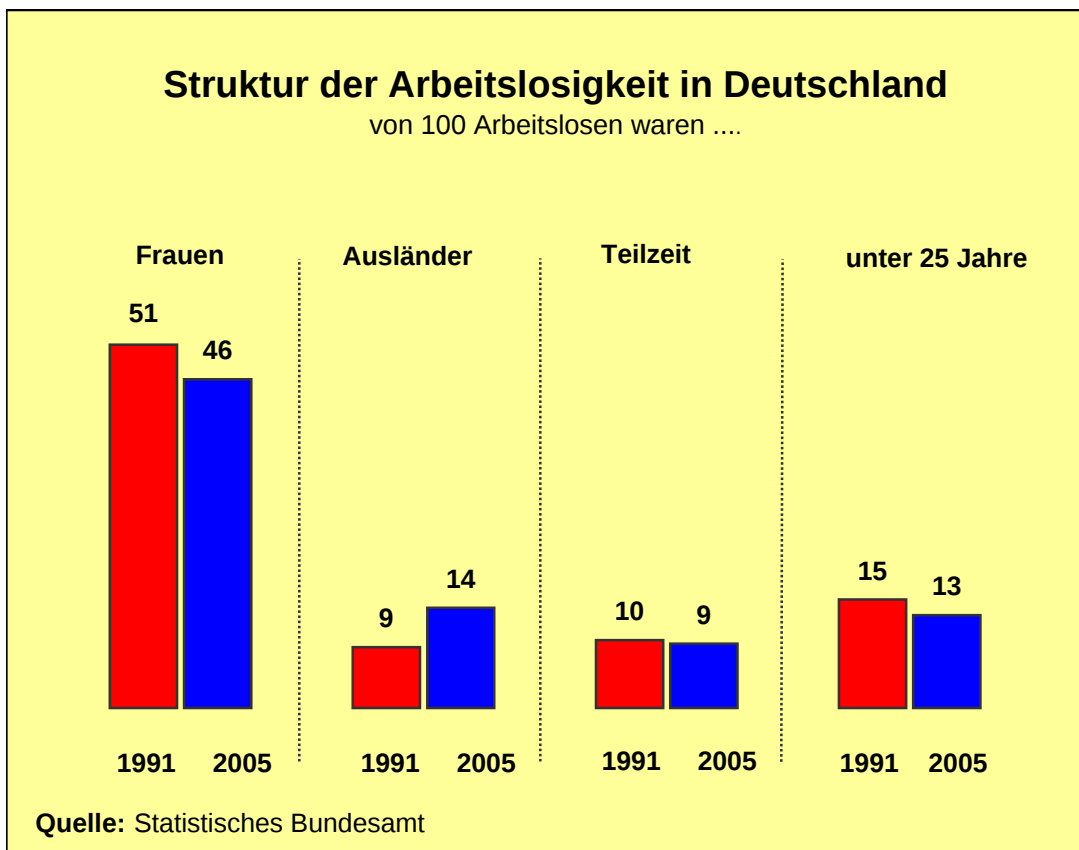
Kennzahlen: Jahresdurchschnittswerte

Arbeitslosenquote insgesamt: Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Arbeitslosenquoten nach Geschlecht: Arbeitslose bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen

Teilzeitarbeit: Beschäftigung, die einen Arbeitnehmer vereinbarungsgemäß nicht voll, aber regelmäßig zu einem Teil der normalerweise üblichen bzw. tariflich festgesetzten Arbeitszeit in Anspruch nimmt. Hierzu zählt auch Heimarbeit

Langzeitarbeitslosigkeit: Arbeitslose, die länger als 12 Monate arbeitslos gemeldet sind.



Im Jahresdurchschnitt 2005 waren mehr als 4,8 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 11,7 Prozent gemessen an den abhängig zivilen Erwerbspersonen. Der Vergleich mit den Vorjahren ist wegen der Hartz-Gesetzgebung nur eingeschränkt möglich.

Trotz vielfältiger Initiativen ist die Zahl jugendlicher Arbeitsloser (bis 25 Jahre) immer noch sehr hoch. Hierbei ist zusätzlich auch zu bedenken, dass eine grosse Zahl Jugendlicher in vielfältigen Maßnahmen zur Ausbildungs- und Arbeitsförderung untergebracht sind. Sie fallen damit zwar aus der offiziellen Statistik heraus, haben aber trotzdem noch lange keinen Arbeitsplatz.

Ohne Zweifel hat die konjunkturelle Lage einen bedeutenden Einfluß auf die hohe Zahl Langzeitarbeitsloser. Während einer Phase der Rezession ist es schwieriger eine neue Stelle zu finden, als in Zeiten der Hochkonjunktur. Als Folge werden mehr Kurzeitarbeitslose zu Langzeitarbeitslosen. Bei den konjunkturellen Einbrüchen in den letzten Jahren dauerten Arbeitslosigkeitszeiten immer länger und es wurden mehr Arbeitskräfte entlassen, als bei der nachfolgenden wirtschaftlichen Erholung wieder eingestellt wurden.

Auffällig ist zudem, dass Ausländer überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Hier liegt die Arbeitslosenquote bei über 25 Prozent.

G 2.5 Arbeitsplatzdefizit

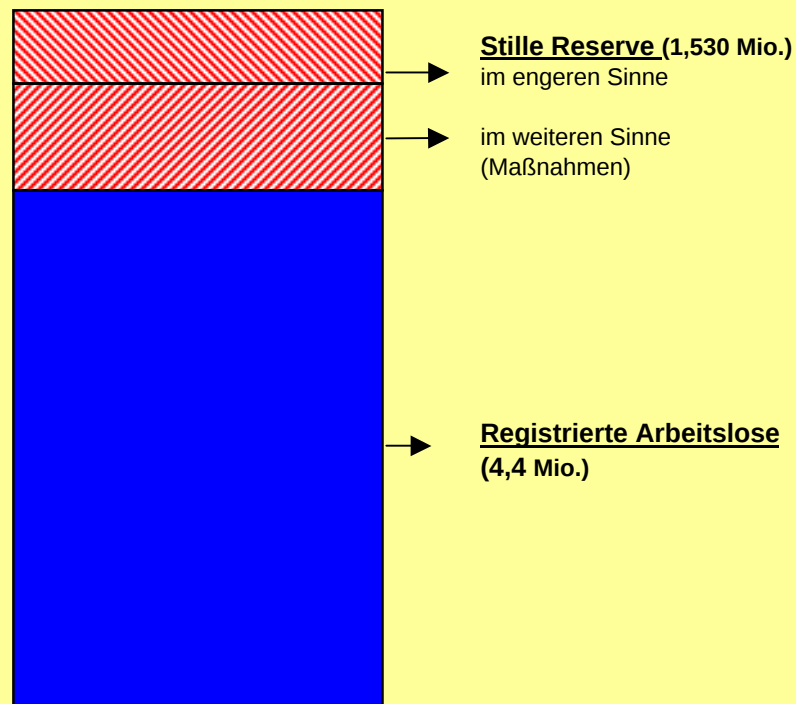
	1991	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	in 1.000						
Registrierte Arbeitslose	2.602	3.890	3.853	4.061	4.377	4.381	4.861
Stille Reserve	1.594	1.528	1.523	1.604	1.781	1.809	1.530
... im engeren Sinne	386	831	791	806	999	967	908
... im weiteren Sinne	1208	697	732	798	782	842	622
<i>dazu zählen:</i>							
... Arbeitslose in Weiterbildung	421	353	348	333	255	277	-
... Arbeitsunfähige Arbeitslose	90	146	150	163	143	151	-
... Vorruhestand, Sozialplan ...	540	191	225	292	357	395	-
... Jugendl. Arbeitslose im Sofortprogramm Jugendarbeitslosigkeit	-	7	9	10	9	5	-
= Arbeitsplatzlücke	4.196	5.418	5.376	5.665	6.158	6.190	6.391

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Bemerkungen: Aktuell hat das IAB keine näheren Angaben zur Entwicklung der Stillen Reserve für das Jahr 2005 veröffentlicht.

Kennzahlen: Zur **Stillen Reserve im engeren Sinn** zählen Personen, die nicht arbeitslos gemeldet sind, jedoch arbeiten möchten.
Zur **Stillen Reserve im weiteren Sinn** zählen Personen, die zwar nicht arbeitslos gemeldet sind, jedoch aus verschiedenen Gründen noch mit der Arbeitsagentur in Kontakt stehen. Das sind Arbeitslose in **Vollzeitweiterbildung** oder **Sprachlehrgängen** nach dem SGB, Bezieher von Arbeitslosengeld während einer **Erkrankung** (§126 SGB III) oder **erwerbsgeminderte Arbeitslose** (§125 SGB III) sowie Empfänger von **Vorruhestandsleistungen** und **Altersübergangsgeld** sowie ältere Arbeitslose, die über einen **Sozialplan** in die Arbeitslosigkeit entlassen wurden (§ 428 SGB III).

Arbeitsplatzdefizit 2005: Knapp 6,4 Millionen Arbeitsplätze fehlen



Quelle: IAB

Knapp 6,4 Millionen Arbeitsplätze fehlten im Jahr 2005. Wie kommt diese Zahl zustande, wo doch die offizielle Arbeitslosenstatistik "nur" 4,8 Millionen Arbeitslose ausweist?

Die fehlenden Arbeitsuchenden werden in den amtlichen Registern nicht geführt. Sie zählen zur sogenannten "Stillen Reserve". Da ist zum einen die **"Stille Reserve im engeren Sinne"**. Das sind Arbeitsuchende, die nicht arbeitslos gemeldet sind, aber dennoch gerne arbeiten möchten. Dazu gehört eine große Zahl von Frauen, die gern erwerbstätig sein würden, aber auch viele Zuwanderer wie Spätaussiedler oder Asylbewerber mit einer Arbeitsberechtigung.

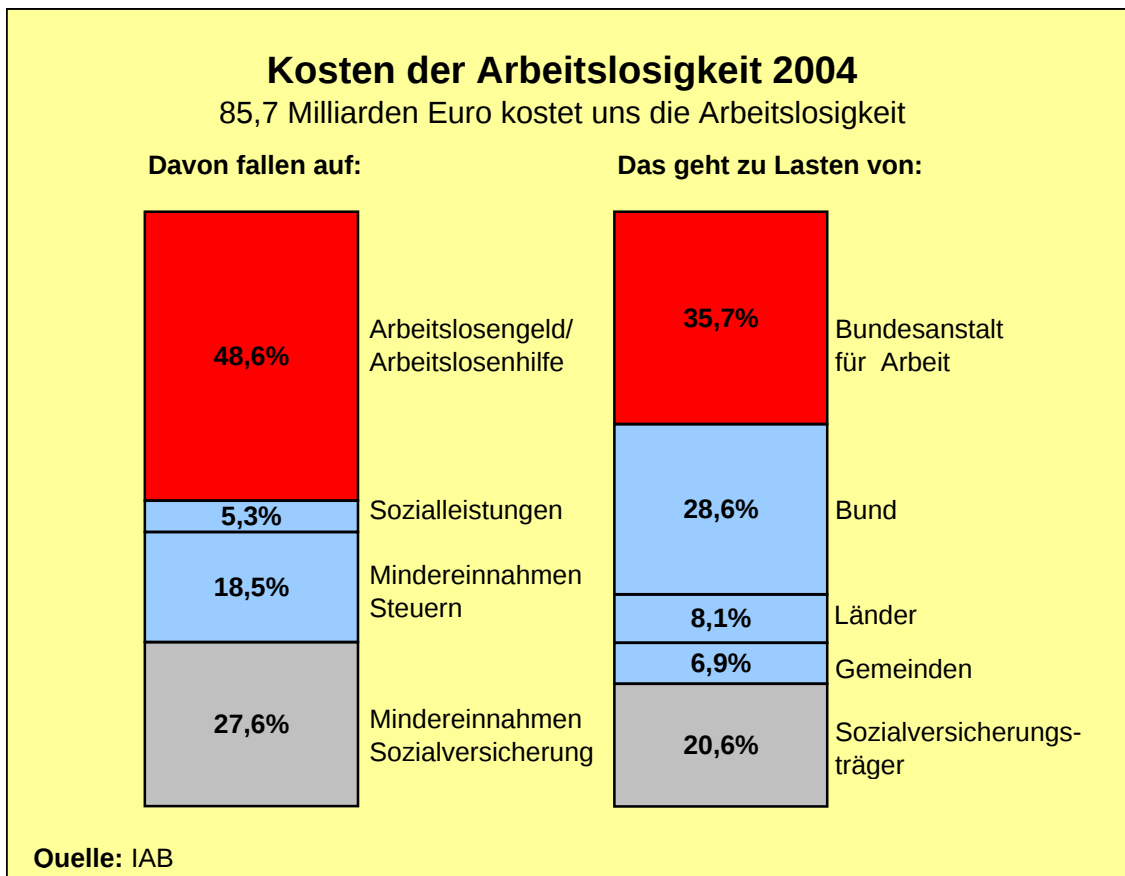
Da ist zum anderen die **"Stille Reserve im weiteren Sinne"**. Das sind Arbeitnehmer, die dem Arbeitsmarkt grundsätzlich zur Verfügung stehen: Arbeitslose in Weiterbildung, arbeitsunfähige Arbeitslose oder Arbeitslose, die dem Beschäftigungsabbau über Sozialpläne oder Vorruhestandsregelungen zum Opfer gefallen sind.

G 2.6 Gesamtfiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit 2004

		West- deutschland	Ost- deutschland	Deutschland
Ausgaben/Mindereinnahmen	Mrd. Euro	57,7	27,9	85,7
pro Arbeitslosen und Jahr	1.000 Euro	20.800,0	17.500,0	19.600,0
davon fallen auf:				
Arbeitslosengeld/-hilfe	Mrd. Euro	28,0	13,7	41,7
... Alg/Alhi	Mrd. Euro	17,8	9,1	27,0
... Rentenversicherung	Mrd. Euro	5,6	2,5	8,1
... Krankenversicherung	Mrd. Euro	4,0	1,8	5,9
... Pflegeversicherung	Mrd. Euro	0,5	0,2	0,7
Sozialleistungen	Mrd. Euro	3,4	1,1	4,5
... Sozialhilfe	Mrd. Euro	2,7	0,9	3,6
... Wohngeld	Mrd. Euro	0,7	0,2	0,9
Mindereinnahmen	Mrd. Euro	10,7	5,1	15,8
... Einkommensteuer	Mrd. Euro	9,1	4,1	13,2
... Indirekte Steuer	Mrd. Euro	1,7	1,0	2,7
Mindereinnahmen	Mrd. Euro	15,7	8,0	23,7
... Rentenversicherungsbeiträge	Mrd. Euro	6,4	3,3	9,7
... Krankenversicherung	Mrd. Euro	4,7	2,4	7,1
... Pflegeversicherung	Mrd. Euro	0,6	0,3	0,9
... Arbeitslosenversicherung	Mrd. Euro	4,0	1,9	5,9
das geht zu Lasten von:				
... Bundesanstalt für Arbeit	%	38,2	30,6	35,7
... Bund	%	25,9	34,0	28,6
... Länder	%	8,2	7,9	8,1
... Gemeinden	%	7,4	5,9	6,9
... Rentenversicherung	%	11,0	11,9	11,3
... Krankenversicherung	%	8,2	8,6	8,3
... Pflegeversicherung	%	1,0	1,0	1,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit
Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Bemerkung: Zur Zeit hat das IAB keine aktuelleren Angaben zu den gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit veröffentlicht.



85,7 Milliarden Euro kostete die Massenarbeitslosigkeit im Jahr 2004. Damit haben die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit einen bisher nie erreichten Stand erreicht. Im Jahr 2004 betrugen die Kosten je Arbeitslosen somit **19.600 Euro**.

Über die Hälfte der Kosten der Arbeitslosigkeit entstehen durch Unterstützungszahlungen in Form von Arbeitslosengeld und -hilfe. Die restlichen Kosten sind auf Mindereinnahmen der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen zurückzuführen. Finanzierungsprobleme der Renten-, Kranken-, und Pflegekassen sind im erheblichen Umfang Folge dieser Einnahmefälle. Ihnen entging ein Einnahmevermögen von 23,7 Mrd. Euro.

Die IG Metall sagt: Wir dürfen uns nicht mit dem Übel der Massenarbeitslosigkeit abfinden. Es braucht im Gegenteil Strategien zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit!

G 2.7 Gründe für Arbeitsunfähigkeit

Arbeitsunfähigkeit nach Fällen und Tagen im Jahr 2004

Krankheitsarten	Anteil der Fälle in %			Veränderungen 2004 zu 1991 in Prozent		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
Krankheiten des Atmungssystems	27,7	27,9	26,5	0,6	1,0	-6,2
Muskel- und Skeletterkrankungen	17,7	17,9	16,7	-4,2	-4,4	4,6
Krankheiten des Verdauungssystems	13,5	13,1	15,7	-0,4	-0,8	
Verletzungen und Vergiftungen	10,0	9,9	10,6	-1,9	-2,0	-1,9
Symptome	4,7	4,9	3,8	-0,8	-0,8	1,7
Psychische Störungen	3,5	3,5	3,4	1,7	1,7	1,5
Krankheiten des Kreislaufsystems	2,9	2,7	3,5	-1,6	-1,7	-2,2
Krankheitsarten	Anteil der Tage in %			Veränderungen 2004 zu 1991 in Prozent		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
Muskel- und Skeletterkrankungen	26,7	27,3	24,4	-4,9	-5,0	9,2
Krankheiten des Atmungssystems	15,5	15,4	16,4	-1,4	-1,2	-7,2
Verletzungen und Vergiftungen	15,4	15,1	16,7	1,3	1,0	0,3
Psychische Störungen	8,3	8,6	6,9	4,5	4,8	3,6
Krankheiten des Verdauungssystems	4,6	4,4	5,5	-2,1	-2,2	-3,3
Krankheiten des Kreislaufsystems	4,6	4,1	3,3	-3,0	-3,1	-3,9
Symptome	4	4,1	3,3	0,1	0,2	1,3

Quelle: BKK Bundesverband

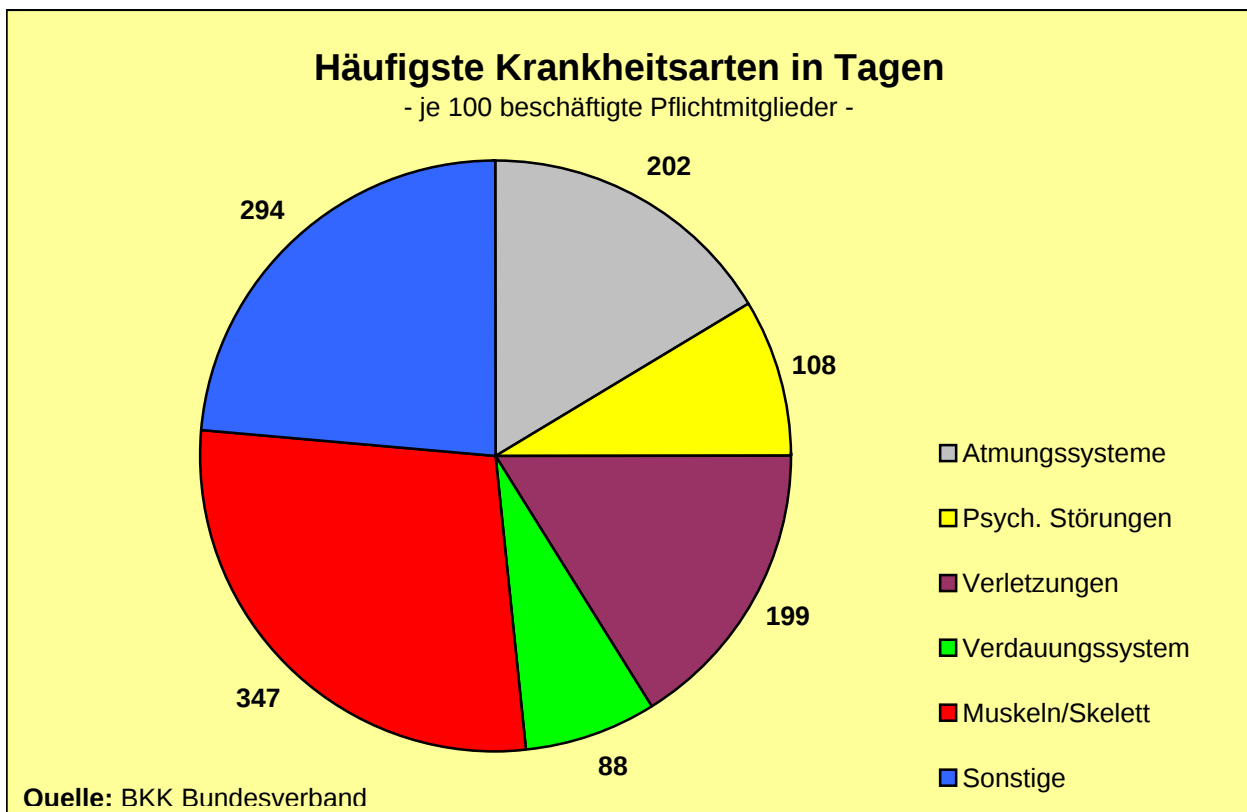
Kennzahlen:

Arbeitsunfähigkeit beinhaltet alle Fälle, in denen Arbeitnehmer von einem Arzt arbeitsunfähig geschrieben werden.

Arbeitsunfähigkeitsfälle: Gibt an, wie häufig Arbeitnehmer arbeitsunfähig geschrieben wurden.

Arbeitsunfähigkeitstage: Gibt an, wieviele Tage die Arbeitsunfähigkeit dauerte.

BKK Bundesverband: Es handelt sich hierbei um den Bundesverband der Betriebskrankenkassen. Da Betriebskrankenkassen üblicherweise nur bei größeren Betrieben existieren, dürften die Zahlen bei den Krankenkassen, in denen vorwiegend die Beschäftigten aus Kleinbetrieben versichert sind, abweichen.



Die Zahl der Krankheitsfälle und -tage ist 2004 gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Damit setzt sich ein Trend fort, der schon die letzten Jahre bestimmt hat. Es ist sehr wahrscheinlich, dass immer mehr Beschäftigte aus Angst um den Arbeitsplatz trotz Erkrankung zur Arbeit gehen.

Im Jahr 2004 entfielen über 81 Prozent aller Arbeitsunfähigkeitstage auf nur sieben Krankheitsgruppen. Die größten Anteile hatten Erkrankungen des Muskel- und Skelettsystems (26,7%), Erkrankungen des Atmungssystems (15,5%) sowie Verletzungen und Vergiftungen (15,4%). Psychische Erkrankungen waren im Jahr 2004 für 8,3 Prozent aller Krankheitstage verantwortlich. Gegenüber dem Jahr 1991 ist diese Krankheitsgruppe um 4,5 Prozent angestiegen. Psychische Erkrankungen haben damit gegen den allgemeinen Trend zurückgehender Krankheitstage deutlich zugenommen. Die BKK macht deutlich, dass belastende Situationen am Arbeitsplatz sowie Arbeitslosigkeit und Armut wesentliche Auslöser einer behandlungsbedürftigen psychischen Störung sind.

In der Metallindustrie entstehen im Branchenvergleich überdurchschnittlich hohe Ausfallzeiten als Folge von Erkrankungen des Bewegungsapparates. Besonders in der Metallerzeugung, wo körperlich anstrengende Arbeit auch heute die Regel ist, treten Muskel-Skelett-Erkrankungen gehäuft auf.

G 3.1 Volkseinkommen und Lohnquote

	1991	2003	2004	2005	91-03	2004	2005
	Mrd. Euro				jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent		
Volkseinkommen =	1.193	1.600	1.658	1.686	2,5	3,6	1,7
Arbeitnehmerentgelt	847	1.131	1.135	1.129	2,4	0,3	-0,5
+ Unternehmens- und Vermögenseinkommen	346	469	524	557	2,6	11,7	6,3
	Anteil in Prozent				jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent		
Anteile am Volks- einkommen							
effektive Lohnquote	71,0	70,7	68,4	67,0	0,0	-3,2	-2,1
bereinigte Lohnquote	71,0	71,8	69,8	68,6	0,1	-2,9	-1,7
Gewinnquote	29,0	29,3	31,6	33,0	0,1	7,8	4,6

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18 Reihe 1.4 Detaillierte Jahresergebnisse (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)

Kennzahlen: **Volkseinkommen:** Summe der den Inländern zugeflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Bruttosozialprodukt abzüglich Abschreibungen und indirekte Steuern und Subventionen)

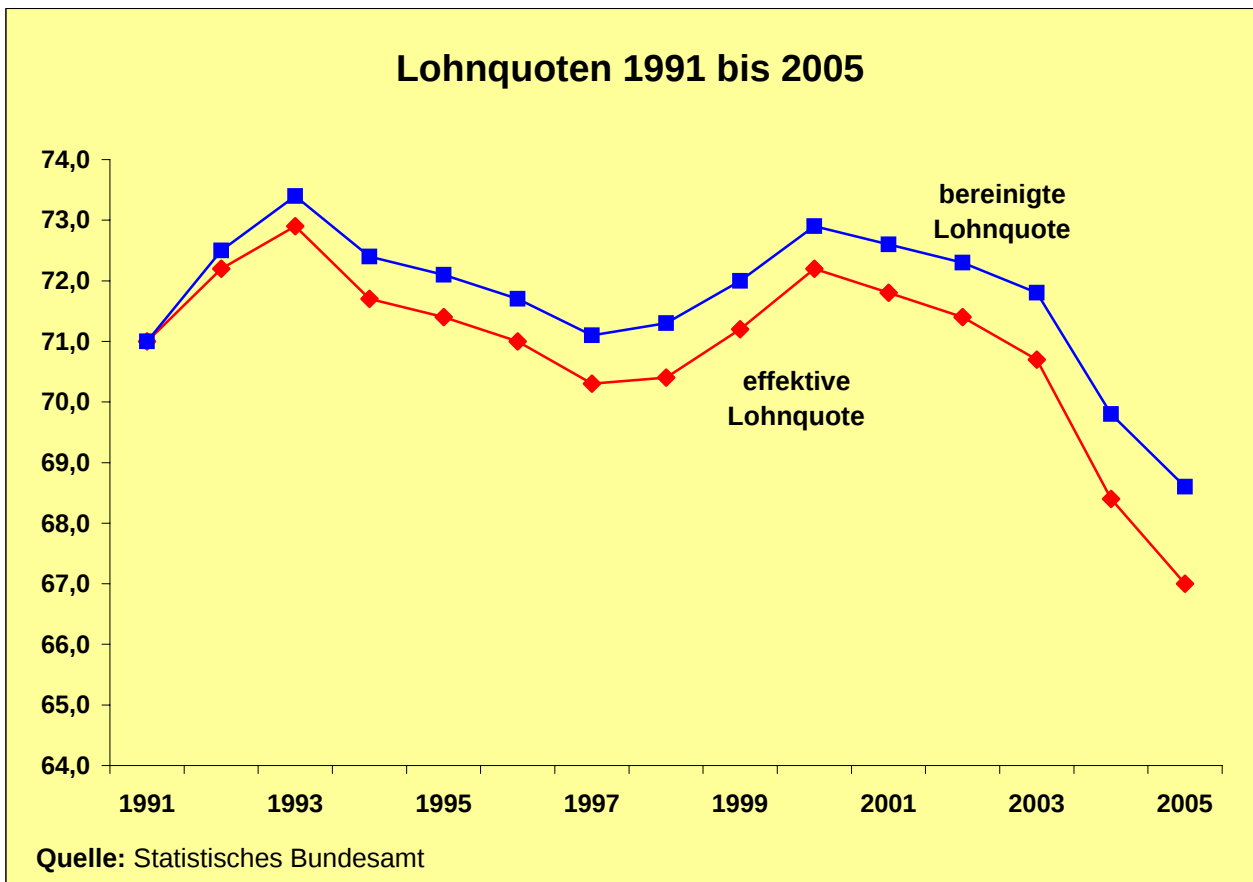
Arbeitnehmerentgelt:

Bruttolöhne und Gehälter, Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

Unternehmens- und Vermögenseinkommen: Entnommene und nichtentnommene Gewinne, Zinsen, Dividenden u.ä.

Bereinigte Lohnquote:

Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen auf der Basis der Beschäftigtenstruktur von 1991, bei der ein konstanter Anteil der Selbständigen bzw. der abhängigen Erwerbstätigen auch für die Folgejahre unterstellt wird.



Erste Indikatoren für eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens sind die **Lohn- und Gewinnquoten** (Lohn- oder Gewinnanteil am Volkseinkommen).

Kurzfristige Entwicklungstendenzen sind für die Verteilungsdebatte - wegen konjunktureller Einflüsse **ungeeignet**, maßgeblich sind die längerfristigen Entwicklungslinien. Heftige Kurvenausschläge weisen auf extreme wirtschaftliche Phasen hin. **Tiefpunkte** im Kurvenverlauf der Gewinnquote werden in **Rezessionen** erreicht. Da die Lohnsumme unflexibler auf den Konjunkturverlauf als die Gewinne reagiert, wird ein Sinken der Lohnquote nur zeitverzögert sichtbar.

Für den Betrachtungszeitraum 1991 bis 2005 fällt auf, dass die Lohnquote in den 1990er Jahren zunächst gesunken ist und dann wieder etwas anstieg. Seit dem Jahr 2001 ist die effektive Lohnquote wieder deutlich gefallen und hat 2005 einen Wert von 67 Prozent erreicht.

Die **Gewinnquote** (Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen) ist hingegen auf 33 Prozent angestiegen.

Die Entwicklung der Lohn- und Gewinnquoten unterstreicht die zunehmende **Verteilungsungerechtigkeit** in Deutschland.

G 3.2 Gewinne

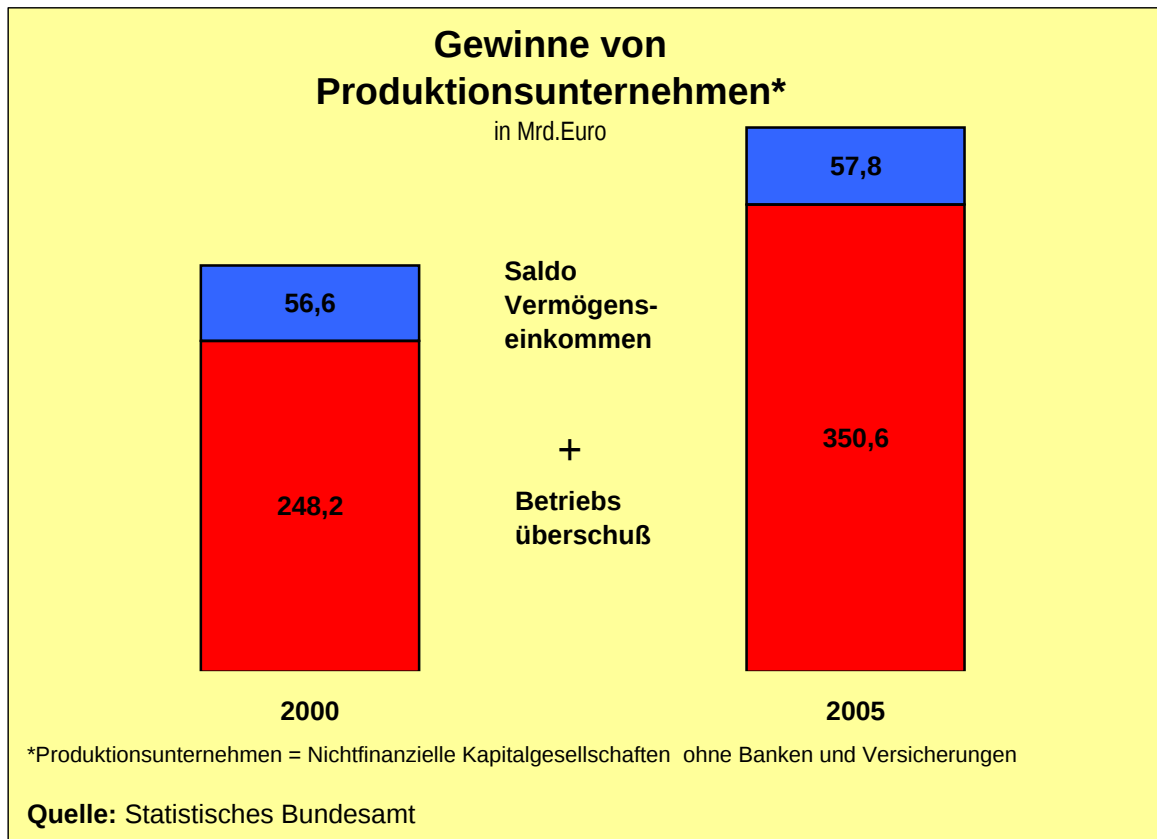
	2000	2003	2004	2005
	Mrd. Euro			
Kapitalgesellschaften				
Betriebsüberschuß	248,2	291,1	321,9	350,6
+ Saldo der Vermögenseinkommen	56,6	35,2	46,9	57,8
= Unternehmensgewinne	304,8	326,3	368,8	408,4
- Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	293,2	301,2	301,6	334,6
- Reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	11,6	25,1	67,2	73,8
= Primäreinkommen	17,2	32,6	73,6	77,3
darunter:				
Produktionsunternehmen				
Betriebsüberschuß	240,0	271,3	303,8	335,7
+ Saldo der Vermögenseinkommen	-0,4	-11,6	-2,3	-0,3
= Unternehmensgewinne	239,6	259,7	301,5	335,4
- Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	253,4	261,8	267,2	295,5
- Reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	-5,8	-7,4	-6,4	-3,5
= Primäreinkommen	-8,1	5,4	40,7	43,4

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18 Reihe 1.4 Detaillierte Jahresergebnisse
(Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)

Kennzahlen: **Kapitalgesellschaften:** finanzielle und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften

Finanzielle Kapitalgesellschaften: Kreditinstitute und Versicherungen

Produktionsunternehmen: Nicht finanzielle Kapitalgesellschaften ohne Banken und Versicherungen



Laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung ist trotz der nur langsam wachsenden Wirtschaft der Unternehmensgewinn der Kapitalgesellschaften von 369 Milliarden Euro in 2004 auf über 408 Milliarden Euro in 2005 gestiegen. Bei den Produktionsunternehmen ist ein Anstieg von 287,7 Mrd. Euro in 2004 auf knapp 320 Mrd. Euro in 2005 zu verzeichnen gewesen.

Noch deutlicher wird der Anstieg der Gewinne bei einem Vergleich der VGR-Zahlen aus 2000 und 2005. Der Unternehmensgewinn wurde 2000 gespeist aus einem Betriebsüberschuß von 248 Milliarden Euro und einem Saldo der Vermögenseinkommen von über 56 Milliarden Euro. Im Jahr 2005 lag der Betriebsüberschuss schon bei über 350 Milliarden Euro und der Saldo der Vermögenseinkommen lag bei knapp 58 Milliarden Euro.

G 3.3 Monatseinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer

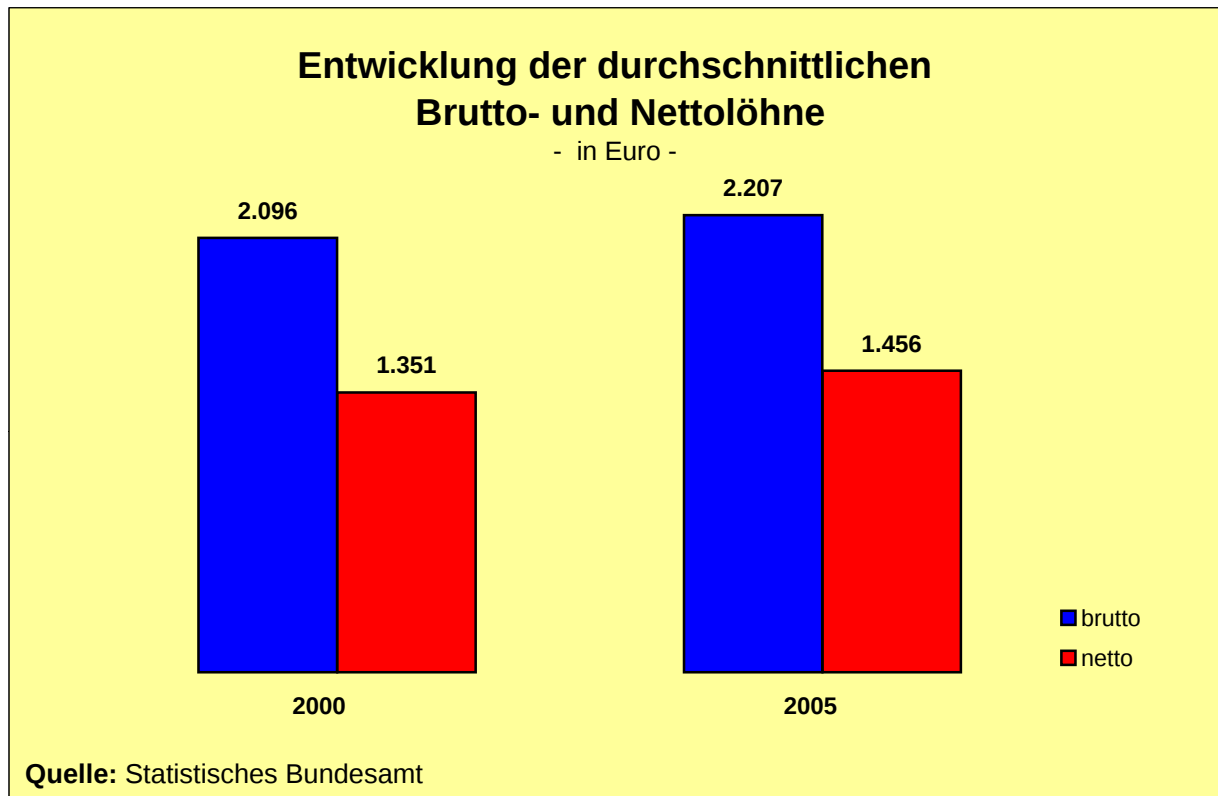
		2000	2003	2004	2005	00-04	2005
		Monatsdurchschnitt				jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent	
Arbeitnehmerentgelt	Euro	2.610	2.727	2.735	2.741	1,2	0,2
- Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	Euro	514	539	536	534	1,1	-0,5
= Bruttolohn/ -gehalt	Euro	2.096	2.189	2.199	2.207	1,2	0,4
- Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung	Euro	338	360	363	371	1,8	2,1
- Lohnsteuer	Euro	406	412	388	381	-1,1	-1,9
= Nettolohn/ -gehalt	Euro	1.351	1.417	1.447	1.456	1,7	0,6
Abgabenquote	%	35,52	35,28	34,17	34,05	-1,0	-0,4
. Sozialversicherung	%	16,13	16,46	16,51	16,79	0,6	1,7
. Steuerquote	%	19,39	18,82	17,66	17,26	-2,3	-2,3
realer Nettolohn (Index)	2000 =100	100,0	100,4	100,8	99,5	0,2	-1,3

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18 Reihe 1.4 Detaillierte Jahresergebnisse (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)

Kennzahlen: **Arbeitnehmerentgelt:**
Bruttolohn/ -gehalt einschl. Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung je beschäftigten Arbeitnehmer

Abgabenquote: Anteil der Abgaben (Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuern) an Bruttolöhnen und -gehältern

Lohnsteuer: nicht bereinigt um die Rückerstattungen aus dem Lohnsteuerjahresausgleich und die Eigenheimzulage



Während die Gewinneinkommen in den letzten Jahren stark gestiegen sind, war die Entwicklung der Arbeitseinkommen insgesamt sehr verhalten. Die durchschnittlichen Bruttolöhne erhöhten sich im Zeitraum 2000 bis 2005 von 2.096 Euro auf 2.207 Euro.

Der **langsame Bruttolohnanstieg** ist Folge der moderaten Lohnpolitik seit Anfang der neunziger Jahre sowie des Rückgangs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Zunehmend ist eine Polarisierung auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten. In den letzten Jahren hat sich in Deutschland ein Niedriglohnsektor (Minijobs) mit mehreren Millionen Arbeitnehmern etabliert.

Löhne werden in der öffentlichen Diskussion zu sehr nur einseitig als Kostenfaktor betrachtet. Die Höhe der Löhne ist gleichzeitig aber auch eine wesentliche Voraussetzung für eine kräftige Nachfrage. Die Erfahrungen aus dem europäischen Ausland zeigen, dass durch steigende Löhne die Binnennachfrage gestärkt werden kann. Hierfür setzt sich die IG Metall ein.

G 3.4 Monatliches Einkommen nach Haushaltstypen

	1991	2000	2001	2002	91-00	2001	2002
	Euro/Monat				jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent		
verfügbares Monatseinkommen je Haushalt							
Privathaushalte insgesamt	2.258	2.817	2.900	2.917	2,5	3,0	0,6
Selbständige	6.325	7.958	8.317	8.208	2,6	4,5	-1,3
Arbeitnehmerhaushalte	2.383	2.975	3.075	3.125	2,5	3,4	1,6
-Angestellte	2.533	3.142	3.250	3.283	2,4	3,4	1,0
-Beamte	3.133	3.958	4.117	4.175	2,6	4,0	1,4
-Arbeiter	2.083	2.550	2.600	2.650	2,3	2,0	1,9
-Arbeitslose	1.367	1.642	1.683	1.683	2,1	2,5	0,0
-Rentner	1.467	1.892	1.933	1.958	2,9	2,2	1,3
-Pension	2.233	3.000	3.108	3.192	3,3	3,6	2,7
-Sozialhilfeempfänger	900	1.125	1.158	1.175	2,5	3,0	1,4
verfügbares Monatseinkommen je Haushaltsmitglied							
Privathaushalte insgesamt	942	1.200	1.242	1.250	2,7	3,5	0,7
Selbständige	2.058	2.675	2.800	2.742	3,0	4,7	-2,1
Arbeitnehmerhaushalte	867	1.117	1.158	1.175	2,9	3,7	1,4
-Angestellte	992	1.283	1.325	1.333	2,9	3,2	0,6
-Beamte	1.025	1.283	1.333	1.350	2,5	3,9	1,3
-Arbeiter	725	892	917	933	2,3	2,8	1,8
-Arbeitslose	558	700	725	717	2,5	3,6	-1,1
-Rentner	858	1.067	1.083	1.092	2,4	1,6	0,8
-Pension	1.175	1.375	1.417	1.450	1,8	3,0	2,4
-Sozialhilfeempfänger	392	475	500	508	2,2	5,3	1,7

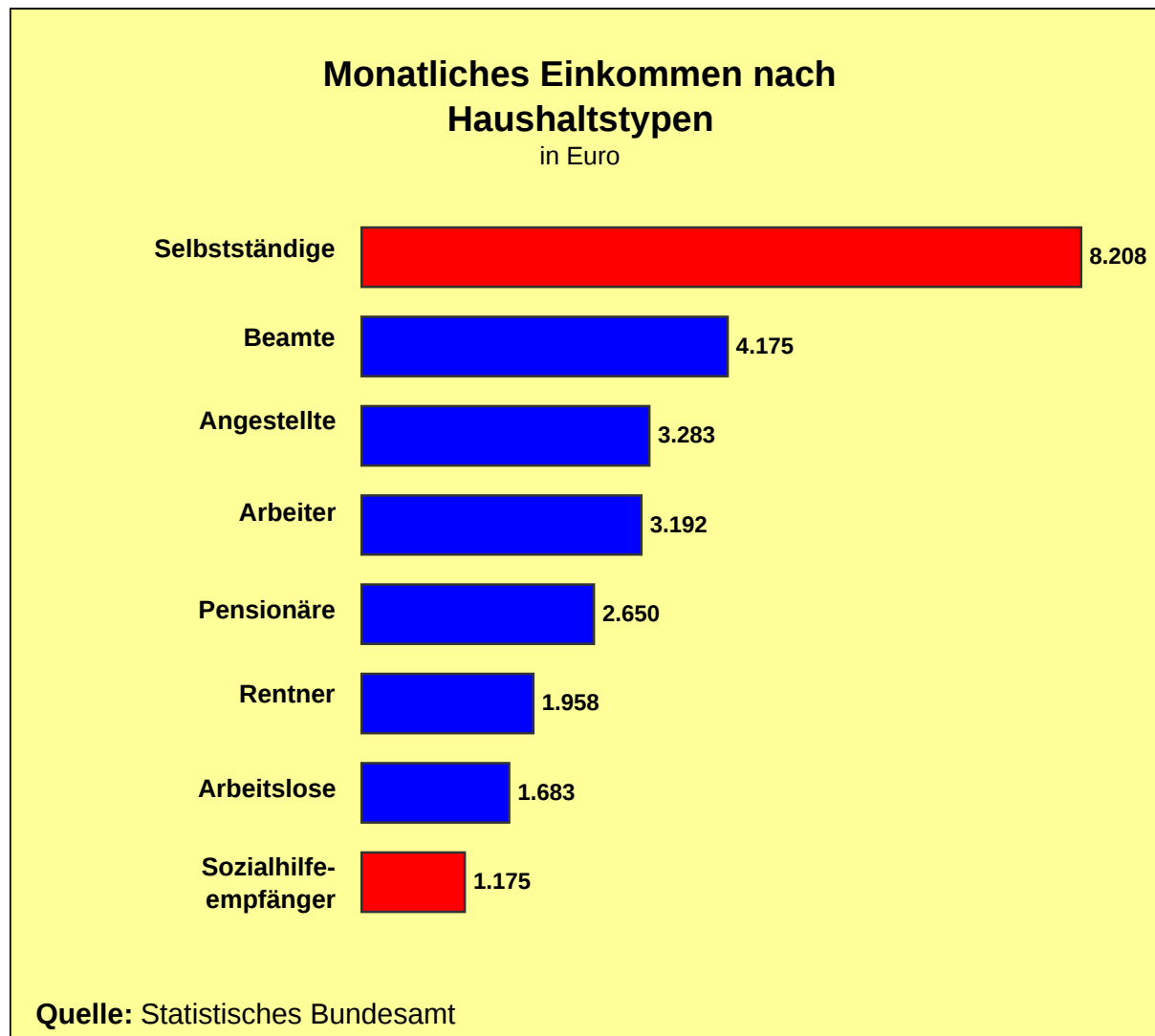
Quelle: Statistisches Bundesamt: Nettoeinkommen und Zahl der Haushalte nach Haushaltsgruppen

Bemerkung: Diese Statistik wird vom Statistischen Bundesamt frühestens im Herbst 2006 aktualisiert.

Kennzahlen: **Das verfügbare Haushaltseinkommen** ergibt sich aus Nettolohn und -gehalt, Gewinnen und sonstigen Vermögenseinkommen sowie Sozialeinkommen (Arbeitslosengeld, Rente, Wohngeld, etc).

Das Haushaltseinkommen je Haushaltsmitglied berücksichtigt die unterschiedlichen Haushaltsgrößen und Haushaltstypen. So lebten 1991 in Selbständigenhaushalten durchschnittlich 2,77 Personen, in Arbeitnehmerhaushalten 2,59, in Arbeitslosenhaushalten 2,26 und in Sozialhilfeempfängerhaushalten 2,27.

Selbstständige: ohne Landwirte



Die Einkommen variieren zwischen den verschiedenen Haushaltstypen. Die letzten verfügbaren Daten über die Einkommen unterschiedlicher Haushaltstypen wie z.B. Selbstständige, Arbeitnehmer und Rentner beziehen sich auf das Jahr 2002. Eine aktuellere Darstellung hat das Statistische Bundesamt für Herbst 2006 angekündigt. An den Strukturunterschieden wird sich bis heute wahrscheinlich nichts Wesentliches geändert haben. Daher werden hier die Daten auf dem Jahr 2002 vorgestellt.

Im Jahr 2002 hatte ein Selbstständigenhaushalt im Durchschnitt das 2,6fache Einkommen eines Arbeitnehmerhaushaltes. Bei der Interpretation der Einkommenshöhen der verschiedenen Haushalte muss berücksichtigt werden, dass Selbstständige Teile ihres Einkommens zur sozialen Sicherung verwenden müssen.

Innerhalb der letzten Jahre ist das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte langsamer gestiegen als das der Selbstständigen. Der Einkommensabstand zwischen diesen beiden Haushaltsarten hat sich daher vergrößert. Da die Konsumquote von Haushalten mit niedrigen Einkommen größer als die von Besserverdienenden ist, ist diese Entwicklung nicht nur verteilungspolitisch, sondern auch unter Wachstumsaspekten bedenklich: Sie führt tendenziell zu einer niedrigeren Konsumgüternachfrage.

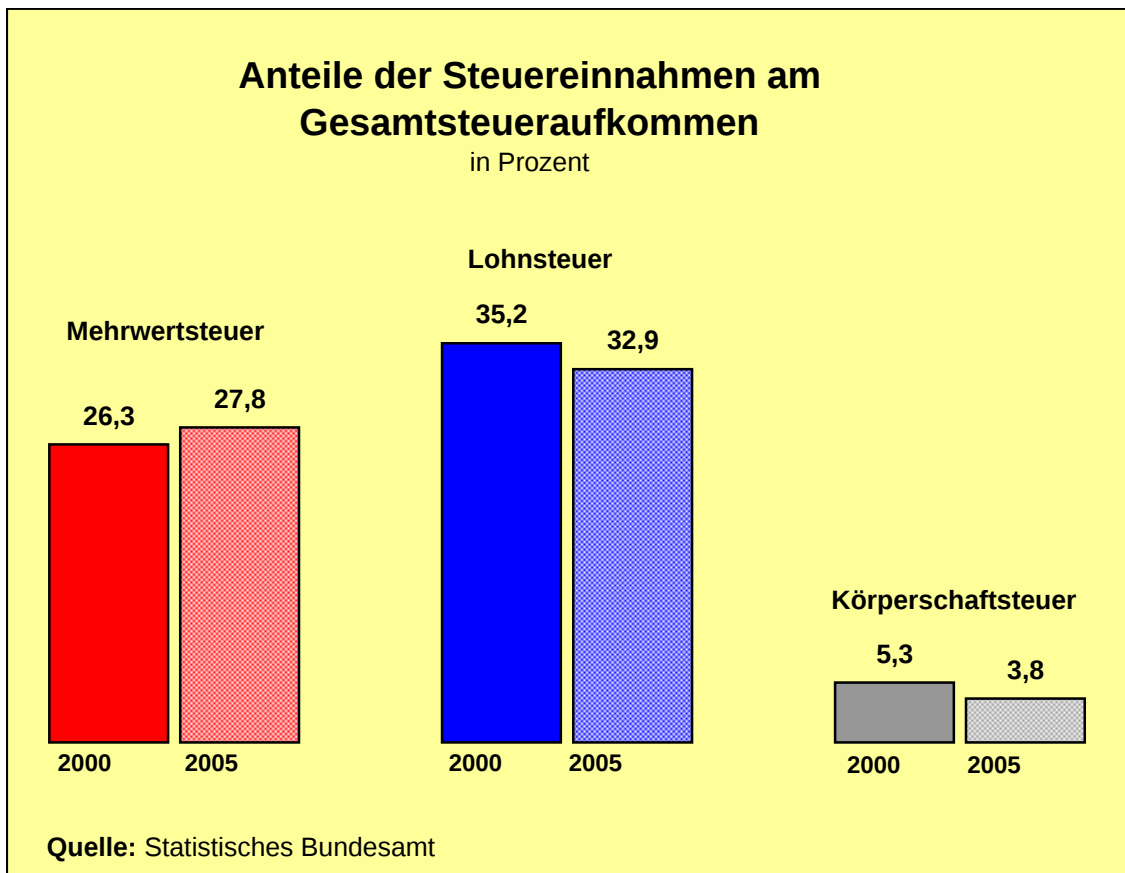
Abgehängt von der durchschnittlichen Einkommensentwicklung waren die Monatseinkommen von Arbeitslosen und Rentnern.

G 3.5 Steuern

	2000	2003	2004	2005	00-03	2004	2005
	Mrd. Euro				jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent		
Laufende Steuern	499,0	481,7	481,2	491,1	-1,2	-0,1	2,1
Produktions- u. Importabgaben	245,1	255,8	260,2	264,9	1,4	1,7	1,8
Gütersteuern	204,0	217,2	217,2	218,0	2,1	0,0	0,4
.. Mehrwertsteuer	131,2	132,4	134,8	136,5	0,3	1,8	1,3
.. Importabgaben u.sonst. Gütersteuern	72,9	84,8	82,4	81,5	5,2	-2,8	-1,1
Sonstige Produktionsabgaben	41,1	38,6	43,0	46,9	-2,1	11,4	9,1
Einkommens- u. Vermögensteuer	254,0	225,9	221,1	226,3	-3,8	-2,1	2,4
Einkommensteuer	247,5	219,4	214,4	218,9	-3,9	-2,3	2,1
..Lohnsteuer	175,8	175,4	165,3	161,8	-0,1	-5,8	-2,1
..Veranlg. Einkommensteuer	20,7	16,3	17,4	21,6	-7,7	6,7	24,1
..nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	25,1	17,5	16,4	16,6	-11,3	-6,3	1,2
..Körperschaftsteuer	26,0	10,2	15,3	18,9	-26,8	50,0	23,5
Sonst.direkte Steuern und Abgaben	6,4	6,5	6,6	7,4	0,5	1,5	12,1
..Vermögensteuer	0,4	0,2	0,1	0,1	-20,6	-50,0	0,0
..übrige direkte Steuern u. Abgaben	6,0	6,3	6,6	7,3	1,6	4,8	10,6
	Anteile in Prozent						
Produktions- u. Importabgaben	49,1	53,1	54,1	53,9			
Gütersteuern	40,9	45,1	45,1	44,4			
.. Mehrwertsteuer	26,3	27,5	28,0	27,8			
.. Importabgaben u.sonst. Gütersteuern	14,6	17,6	17,1	16,6			
Sonstige Produktionsabgaben	8,2	8,0	8,9	9,5			
Einkommens- u. Vermögensteuer	50,9	46,9	45,9	46,1			
Einkommensteuer	49,6	45,5	44,6	44,6			
..Lohnsteuer	35,2	36,4	34,4	32,9			
..Veranlg. Einkommensteuer	4,1	3,4	3,6	4,4			
..nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	5,0	3,6	3,4	3,4			
..Körperschaftsteuer	5,2	2,1	3,2	3,8			
Sonst.direkte Steuern und Abgaben	1,3	1,3	1,4	1,5			
..Vermögensteuer	0,1	0,0	0,0	0,0			
..übrige direkte Steuern u. Abgaben	1,2	1,3	1,4	1,5			

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18 Reihe 1.4 Detaillierte Jahresergebnisse (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)

Kennzahlen: Steuern nach Steuer- und Abgabearten gemäß VGR. Diese Daten weichen von der Finanzstatistik ab.



Schon seit geraumer Zeit hat sich in Deutschland eine Verschiebung der Steuerbelastung von den Unternehmen hin zu den Arbeitnehmern und den Verbrauchern vollzogen. Die von den Unternehmen zu zahlende Körperschaftsteuer sank drastisch, ihr Anteil machte 2005 gerade noch 3,8 Prozent des Steueraufkommens aus.

Zudem stieg das Gewicht der von den Verbrauchern zu zahlenden Mehrwertsteuer von 1991 mit 25,4 Prozent auf knapp 28 Prozent im Jahr 2005 an. Die Unternehmenssteuerreform mit der drastischen Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 40 auf 25 Prozent im Jahr 2000 hat zu einem dramatischen Rückgang der Einnahmen geführt. Weniger Unternehmensteuern, die Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer und der Wegfall der Vermögensteuer - dies sind auf der Einnahmeseite die Hauptursachen für die Finanznot des Staates.

Mit ihrer Forderung nach der **Solidarischen Einfachsteuer** will die IG Metall erreichen:

- dass vor allem die unteren und mittleren Einkommen entlastet werden
- alle Einnahmearten vollständig erfasst und gemäß ihrer Leistungsfähigkeit besteuert werden
- die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und eine höhere Erbschaftssteuer
- Steuerschlupflöcher bei der Unternehmensbesteuerung geschlossen und die Bemessungsgrundlage verbreitert werden.

G 3.6 Preisindex für die Lebenshaltung

	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung in Prozent				
Gesamte Lebenshaltung	2,0	1,4	1,1	1,6	2,0
Nahrungsmittel, Getränke usw.	4,5	0,8	-0,2	-0,3	0,4
Bekleidung, Schuhe	0,8	0,7	-0,8	-0,7	-1,9
Wohnungsmieten, Energie	2,4	0,9	1,5	1,5	2,8
. Wohnungsmieten	1,1	1,4	1,0	0,9	0,9
. Energie	9,1	-1,1	3,5	3,9	11,8
Möbel, Haushaltsgeräte, Haushaltsführung	0,9	1,1	0,3	-0,2	-0,1
Gesundheits-, Körperpflege	1,3	0,6	0,4	19,2	1,9
Verkehr	2,5	2,0	2,1	2,4	4,2
Nachrichtenübermittlung	-5,9	1,7	0,7	-0,8	-1,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	0,6	0,7	-0,6	-1,0	0,1
Bildung	1,3	2,6	2,2	3,3	2,2
Beherbergung, Gaststätte	1,9	3,6	0,8	0,7	1,1
sonstiges	3,0	1,9	1,7	1,4	1

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 17, Reihe 7 (Preise und Preisindizes für die Lebenshaltung)

Kennzahlen: **Preisindex für die Lebenshaltung** von 4-Personen-Haushalten: Messgröße für die durchschnittliche Entwicklung der Verbraucherpreise bei den Gütern der Lebenshaltung.

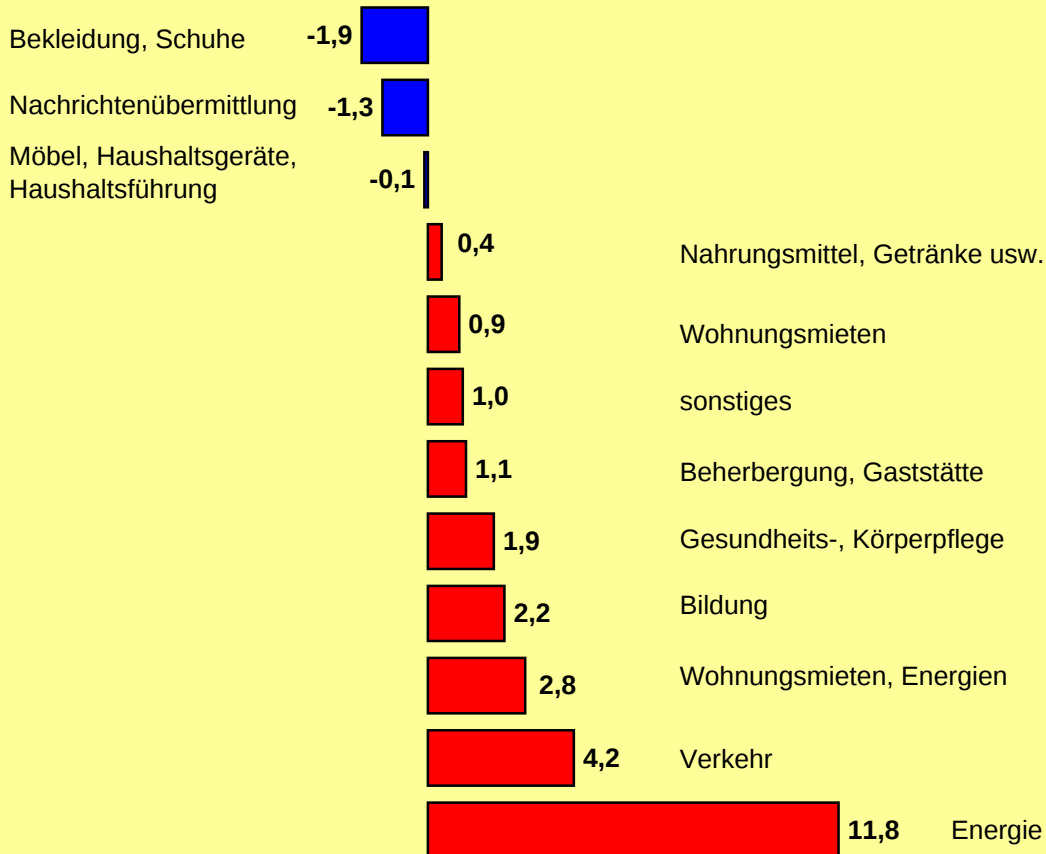
Gliederung nach Hauptverbrauchsgruppen

Dem Index liegt die Annahme zugrunde, dass sich die Struktur der Verbrauchsausgaben dieses Haushaltstyps seit dem Basisjahr 2000 nicht verändert hat. In die Berechnung des Indizes gehen die Preise von etwa 750 Güterarten (Waren und Dienstleistungen aus dem Warenkorb) ein.

Bemerkungen: Im Jahr 2003 hat das Statistische Bundesamt den Preisindex auf ein neues Basisjahr 2000 umgestellt und zudem den Warenkorb an veränderte Verbrauchsgewohnheiten angepasst.

Preisentwicklung in Deutschland 2005

Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Verbraucherpreise in Deutschland sind im Jahr 2005 um zwei Prozent gestiegen. Eine solch hohe Preissteigerung hat es zuletzt im Jahr 2001 gegeben.

Einzelne Produktgruppen waren unterschiedlich von der Preissteigerung betroffen. Während in der Produktgruppe Bekleidung und Schuhe die Preise um fast zwei Prozent gesunken sind, war in vielen anderen Produktgruppen eine Preissteigerung zu verzeichnen. Die von den Verbrauchern allgemein beobachteten Preissteigerungen für Energie schlagen sich in der Statistik mit einem Anstieg um fast zwölf Prozent nieder. Aber auch in der Produktgruppe Verkehr (+4,2%) sowie bei Wohnungsmieten und Energien (+2,8%) gab es Preissteigerungen über dem Durchschnitt.

G 4.1 Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

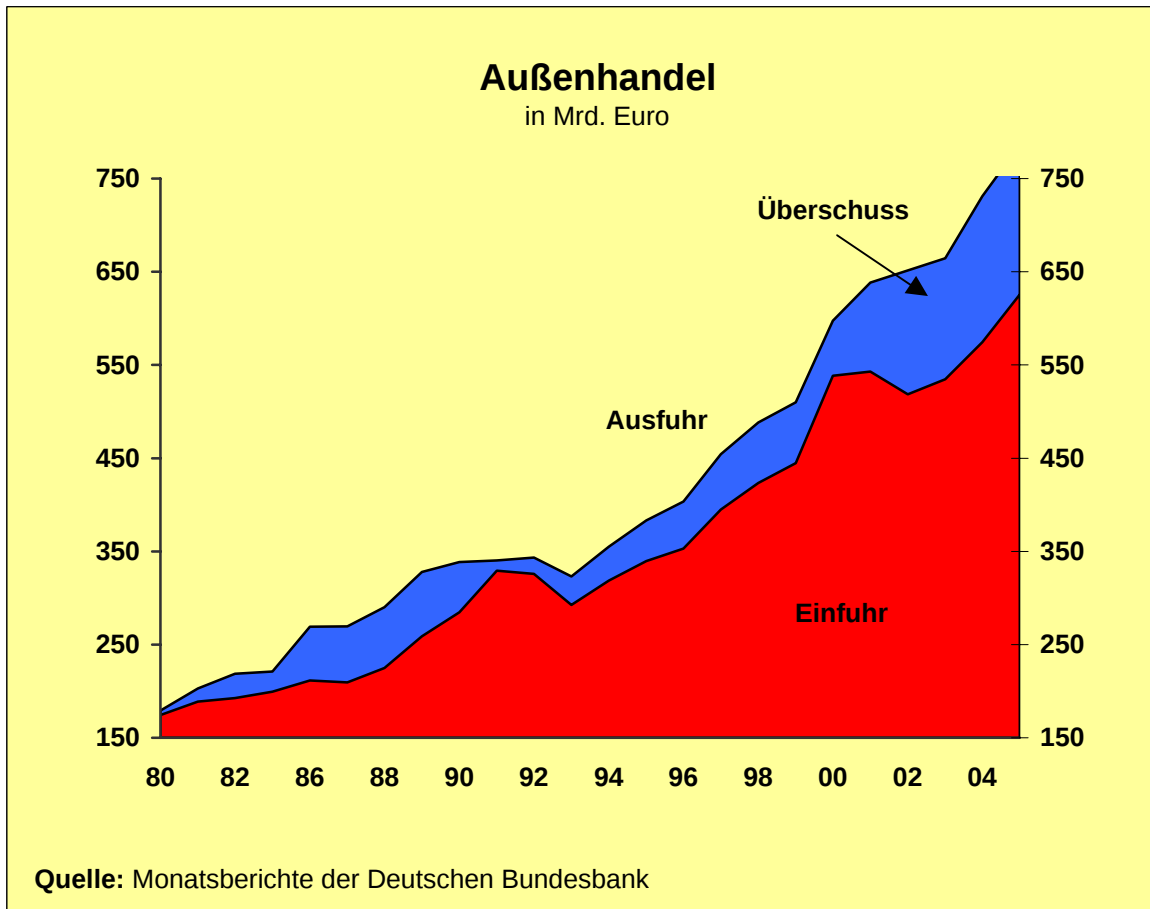
	1995	2003	2004	2005	95-03	2004	2005
	Mrd. Euro				Veränderungsraten pro Jahr bzw. Jahresdurchschnitt		
Leistungsbilanz							
Ausfuhr	383,2	664,4	731,5	786,2	9,2	10,1	7,5
Einfuhr	339,6	534,5	574,4	625,6	7,2	7,5	8,9
Saldo Außenhandel	43,6	129,9	156,1	160,5	24,7	20,2	2,8
+ Ergänzungen z. Warenhandel	-2,2	-11,1	-15,2	-20,2	50,7	36,9	32,9
Einnahmen	60,1	111,0	117,4	27,1	10,6	5,8	-76,9
Ausgaben	92,8	145,2	148,7	155,0	7,1	2,4	4,2
+ Saldo Dienstleistungen	-32,7	-34,3	-31,3	-27,8	0,6	-8,7	-11,2
Einnahmen	60,0	104,1	120,1	138,7	9,2	15,4	15,5
Ausgaben	62,0	120,1	119,5	130,1	11,7	-0,5	8,9
+ Saldo Erwerbs-/ Vermögenseinkommen	-2,0	-15,9	0,6	8,6			
+ Saldo lfd. Übertragungen	-28,3	-28,2	-28,3	-28,9			
= Saldo Leistungsbilanz	-21,7	40,3	81,8	92,2			
Kapitalbilanz							
Saldo Direktinvestitionen	-19,8	20,4	-13,7	-10,4			
+ Saldo Wertpapiertransaktionen	24,9	69,0	4,1	-18,6			
+ Saldo übriger Kapitalverkehr	25,8	-137,9	-106,5	-73,2			
= Saldo Kapitalbilanz	25,6	-48,1	-114,7	-100,1			

Quelle: Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik

Kennzahlen:

- Ausfuhr:** Lieferung von im Inland hergestellten Waren ins Ausland
- Einfuhr:** Lieferung von ausländischen Waren ins Inland
- Handelsbilanz:** Ausfuhr minus Einfuhr von Waren
- Dienstleistungsbilanz:** Austausch von Dienstleistungen mit dem Ausland, z.B. Reiseverkehr, Transporte
- Saldo Erwerbs-, Vermögenseinkommen:** Zu- und Abflüsse von Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Kapitalvermögen
- Übertragungsbilanz:** Einseitige Zahlungen an das Ausland bzw. internationale Organisationen, denen keine unmittelbare Gegenleistung entspricht, z.B. Überweisungen ausländischer Arbeitnehmer, Wiedergutmachung, Beiträge an internationale Organisationen
- Kapitalbilanz:** Ein- und Ausfuhr von Kapital, wie Direktinvestitionen, Gewährung von Krediten, Kauf von Wertpapieren, Grundstücken etc.

Bemerkungen: Bei den Salden bedeuten negative Zahlen Geldabfluß, positive Geldzufluß.



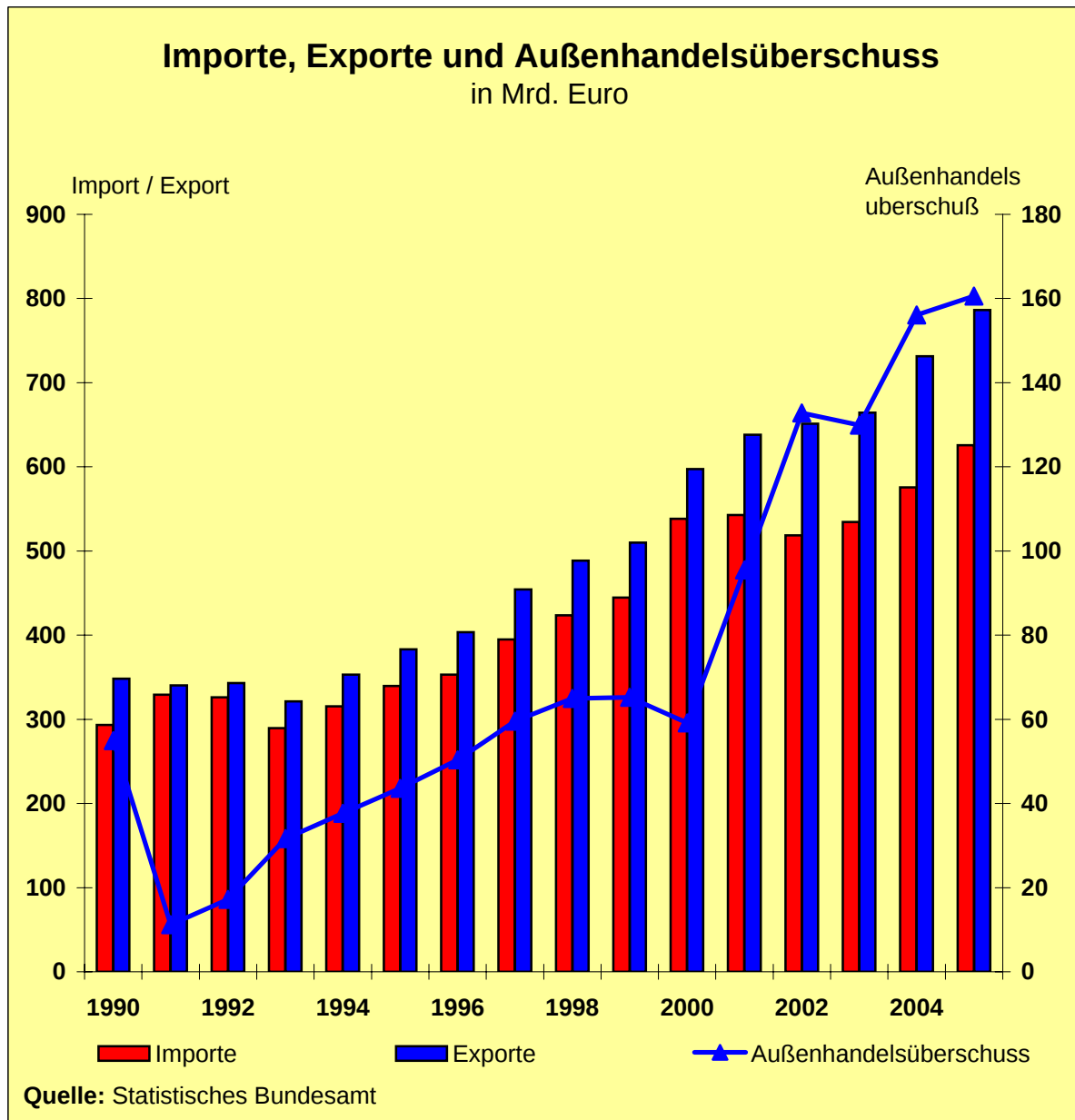
An der Zahlungsbilanz zeigen sich wesentliche Aspekte der internationalen Konkurrenzfähigkeit eines Landes. In der Zahlungsbilanz werden alle wirtschaftlichen Transaktionen eines Jahres zwischen In- und Ausland erfasst. Sie gliedert sich in die Leistungs- und die Kapitalbilanz.

Die Leistungsbilanz wird in verschiedene Teilbilanzen geordnet: In der Handelsbilanz wird der Tausch von Gütern, in der Dienstleistungsbilanz der Tausch von Dienstleistungen, (insbesondere Reiseverkehrausgaben oder Transportleistungen) ausgewiesen. In der Übertragungsbilanz werden unentgeltliche Leistungen wie Rentenzahlungen, Überweisungen ausländischer Arbeitnehmer in ihr Heimatland und die Nettozahlungen an die Europäische Kommission verrechnet. Zusammengefaßt spricht man von der Leistungsbilanz eines Landes - also von der Bilanz der Leistungen gegenüber dem Ausland. In der Kapitalbilanz werden alle Veränderungen im Bestand an Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem

G 4.2 Entwicklung des Außenhandels von 1991 bis 2005

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhr- überschuss (+)	Zu- / Abnahme gegenüber Vorjahr	
				Einfuhr	Ausfuhr
	in Mrd. Euro			in %	
1990	293,2	348,1	54,9	+ 13,2	+ 6,2
1991	329,2	340,4	11,2	+ 12,3	- 2,2
1992	326,0	343,2	17,2	- 1,0	+ 0,8
1993	289,6	321,3	31,6	- 11,1	- 6,4
1994	315,4	353,1	37,6	+ 8,9	+ 9,9
1995	339,6	383,2	43,6	+ 7,7	+ 8,5
1996	353,0	403,4	50,4	+ 3,9	+ 5,3
1997	394,8	454,3	59,5	+ 11,8	+ 12,6
1998	423,5	488,4	64,9	+ 7,3	+ 7,5
1999	444,8	510,0	65,2	+ 5,0	+ 4,4
2000	538,3	597,4	59,1	+ 21,0	+ 17,1
2001	542,8	638,3	95,5	+ 0,8	+ 6,8
2002	518,5	651,3	132,8	- 4,5	+ 2,0
2003	534,5	664,5	129,9	+ 3,1	+ 2,0
2004	575,4	731,5	156,1	+ 7,7	+ 10,1
2005	625,6	786,2	160,6	+ 8,7	+ 7,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7 Reihe 1 Außenhandel



Im letzten Jahr strahlte die **günstige Lage der Weltkonjunktur** auf die deutsche Exportwirtschaft aus. Die Ausfuhren stiegen in 2005 um über 7,5 Prozent und die Importe um fast 9 Prozent.

Angesichts der **schwachen Binnennachfrage** ist der Anstieg der Importe besonders durch die positive Entwicklung der Ausfuhren zu erklären. Auf Grund des hohen Anteils importierter Vorleistungen bei der Produktion von Exportgütern führen Ausfuhrsteigerungen unmittelbar zu zunehmenden Einfuhren.

Der Saldo aus Ex- und Importen erreichte mit über 160 Milliarden Euro einen neuen Höchststand. Erneut ist **Deutschland Exportweltmeister** geworden.

G 4.3 wichtige Handelspartner im Jahr 2005

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
	in Millionen Euro		Anteil	
Frankreich	54.627,2	79.871,1	8,7%	10,2%
Niederlande	53.371,5	47.798,9	8,5%	6,1%
USA	41.342,2	69.310,9	6,6%	8,8%
China	39.890,6	21.280,0	6,4%	2,7%
Vereinigtes Königreich	39.413,7	61.681,2	6,3%	7,8%
Italien	35.588,9	54.373,5	5,7%	6,9%
Belgien	31.107,3	43.926,5	5,0%	5,6%
Österreich	25.291,8	42.532,7	4,0%	5,4%
Schweiz	23.283,3	29.578,8	3,7%	3,8%
Russische Föderation	21.621,0	17.281,5	3,5%	2,2%
Japan	21.434,7	13.330,3	3,4%	1,7%
Spanien	17.984,9	40.394,6	2,9%	5,1%
Tschechische Republik	17.646,5	18.841,5	2,8%	2,4%
Polen	16.092,5	21.908,9	2,6%	2,8%
Irland	15.431,4	4.864,6	2,5%	0,6%
Norwegen	14.999,1	5.722,5	2,4%	0,7%
Ungarn	14.332,2	13.581,2	2,3%	1,7%
Schweden	11.307,6	17.237,9	1,8%	2,2%
Dänemark	9.570,4	12.324,5	1,5%	1,6%
Republik Korea	9.051,4	7.095,2	1,4%	0,9%
Türkei	8.259,6	12.803,4	1,3%	1,6%
Ländergruppen				
EU-Länder	386.831,0	498.556,0	61,8%	63,4%
ASEAN-Länder	16.145,0	12.657,0	2,6%	1,6%
Afrika	13.208,0	14.785,0	2,1%	1,9%
Alle Länder	625.632,0	786.186,2	100%	100%

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7 Reihe 1 Außenhandel

Kennzahlen: Summe der Ein- und Ausfuhren des Spezialhandels im Jahr 2005 nach wichtigen Handelspartnern sowie Ländergruppen.



Die deutsche Wirtschaft ist stark auf den **Export** ausgerichtet. Im Jahr 2005 wurden Waren im Wert von 625 Milliarden Euro eingeführt und Waren im Wert von 786 Milliarden Euro ausgeführt.

Zwar ist die weltwirtschaftliche Verflechtung und der Außenhandel stark diversifiziert, dennoch konzentriert sich der Außenhandel stark auf die Länder der **Europäischen Union** sowie die **USA**. Auf die 21 angegebenen Länder entfallen über 83 Prozent aller Ausfuhren und über 81 Prozent der Einfuhren.

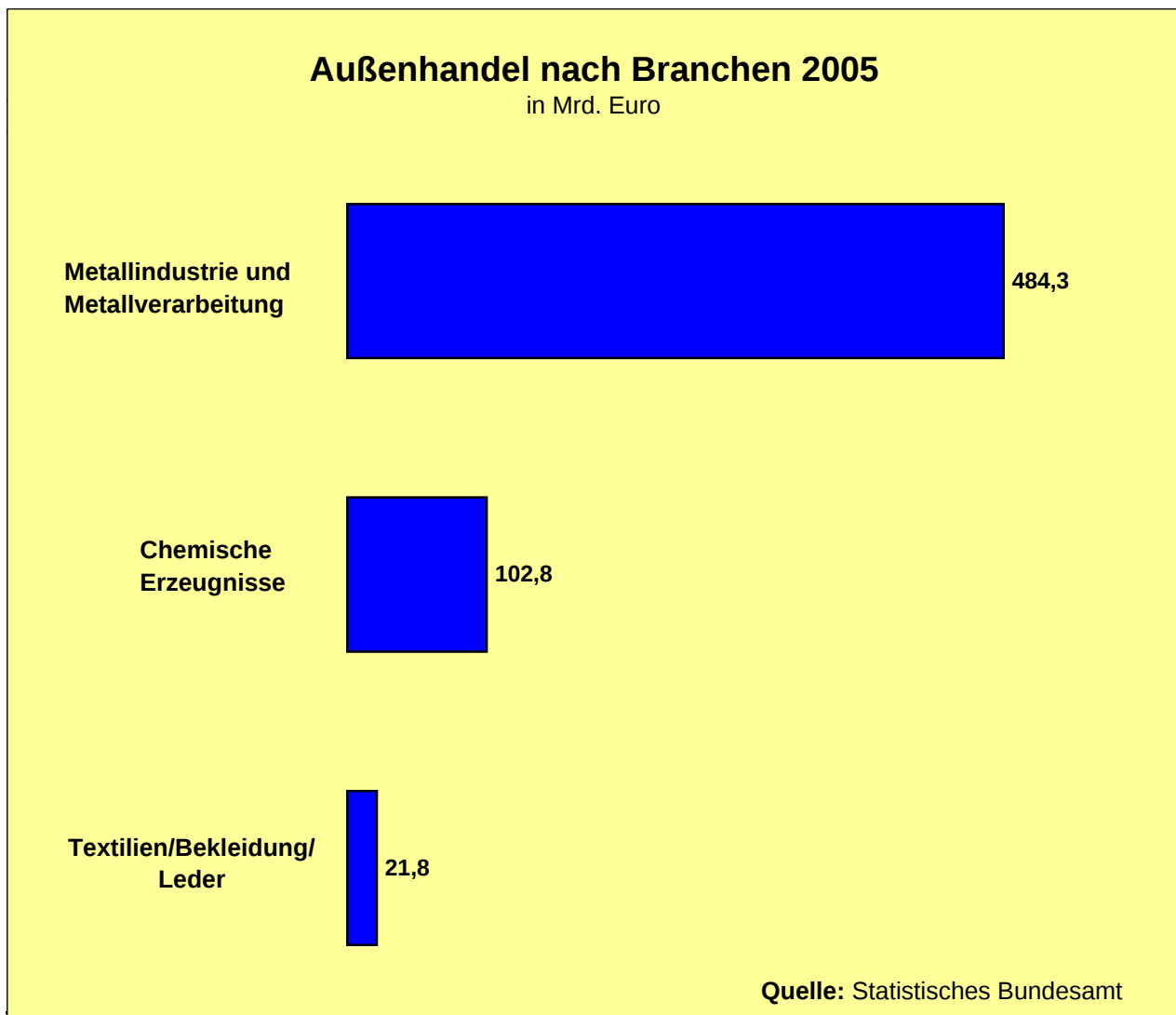
Der Anteil chinesischer Einfuhren beträgt im Jahr 2005 6,4 Prozent, wohingegen nur 2,7 Prozent aller Ausfuhren nach China gegangen sind. Der Anteil Afrikas an den Ein- und Ausfuhren beträgt jeweils rund zwei Prozent. An diesen Zahlen lässt sich erkennen, wie wenig der afrikanische Kontinent tatsächlich in die internationale Arbeitsteilung und den Welthandel

G 4.4 Außenhandel nach Branchen im Jahr 2005

Nr. der Klassifikation	Warenbenennung	Einfuhr	Ausfuhr
		in Millionen Euro	
1	Landwirtschaft und gewerbliche Jagd	15.144	4.640
2	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	447	430
5	Fische und Fischereierzeugnisse	442	131
10	Kohle und Torf	2.007	196
11	Erdöl und Erdgas	51.758	3.609
13	Erze	3.618	98
14	Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	1.215	948
15	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	28.135	27.411
16	Tabakerzeugnisse	723	2.596
17	Textilien	11.734	10.756
18	Bekleidung	15.997	7.995
19	Leder und Lederwaren	5.983	3.084
20	Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel)	4.014	5.084
21	Papier	11.871	15.681
22	Verlags- und Druckerzeugnisse	2.100	4.909
23	Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe	15.277	12.050
24	Chemische Erzeugnisse	70.461	102.830
25	Gummi- und Kunststoffwaren	14.809	25.082
26	Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	6.051	9.336
27	Metalle und Halbzeug daraus	37.505	41.079
28	Metallerzeugnisse	13.793	24.411
29	Maschinen	42.072	110.945
30	Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	28.821	21.884
31	Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u.a.	25.144	38.910
32	Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	39.732	36.834
33	Medizin-, meß-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren	17.166	32.959
34	Kraftwagen und Kraftwagenteile	63.905	150.865
35	Sonstige Fahrzeuge	24.819	26.469
36	Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	14.102	12.432
40	Energie	638	668
98	Sonstige Waren	56.133	51.850
	Insgesamt	625.632	786.186

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7 Reihe 1 Außenhandel

Klassifikation: Die Gruppierung der Waren erfolgt nach Warengruppen und –untergruppen der „Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft“ EGW(2002), Güterabteilungen des „Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken“ GP (2002) sowie nach Teilen und Abschnitten des „Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel“ SITC. Rev.3.



Die deutsche Wirtschaft ist hochgradig in die internationale Arbeitsteilung eingebunden. Gleichwohl zeigt die Statistik des Außenhandels, wie sehr der Export auf industrielle Güter der Chemieindustrie sowie auf die Branchen der Metallverarbeitung konzentriert ist.

Insgesamt wurden im Jahr 2005 Waren im Wert von 484 Milliarden Euro aus den Branchen der **Metallindustrie und der Metallverarbeitung** exportiert (Näheres unter Abschnitt M4.1ff).

Chemische Erzeugnisse wurden im Wert von 102 Milliarden Euro ausgeführt.

Die **Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie** konnte 2005 eine Ausfuhr in Höhe von knapp 22 Milliarden Euro verzeichnen.

G 4.5 Direktinvestitionen

	1991	2002	2003	2004	1991	2002	2004
	Bestand in Mrd. Euro am Jahresende				Anteile in Prozent		
	Deutsche Direktinvestitionen im Ausland						
Insgesamt	134,3	663,5	657,8	676,7	100,0	100,0	100,0
Investitionsländer							
Europäische Union	75,0	313,4	333,7	358,0	55,9	47,2	50,7
. Belgien	9,9	26,0	28,5	27,0	7,3	3,9	4,3
. Frankreich	12,2	41,4	35,0	37,6	9,1	6,2	5,3
. Großbritannien	9,9	63,4	70,6	77,0	7,3	9,6	10,7
. Italien	7,1	20,4	29,8	22,2	5,3	3,1	4,5
. Niederlande	8,4	39,5	41,9	46,9	6,2	5,9	6,4
. Portugal	0,9	3,4	3,7	5,1	0,6	0,5	0,6
. Spanien	7,7	17,6	18,4	17,4	5,7	2,7	2,8
. Tschechische Rep.	0,3	10,5	11,3	12,4	0,2	1,6	1,7
. Ungarn	0,3	9,3	9,9	12,2	0,2	1,4	1,5
USA	30,6	248,5	216,2	204,4	22,8	37,5	32,9
Japan	-	9,0	9,0	8,8	-	1,4	1,4
Schwellen- und Entwicklungsländer	13,3	61,1	59,2	65,8	9,9	9,2	9,0
- Brasilien	3,9	5,4	4,8	5,8	-	1,0	0,7
- China	-	6,5	7,3	8,4	-	0,2	1,1
- Indien	-	1,6	1,7	2,0	-	0,2	0,3
- Kaimaninseln	-	4,1	5,5	4,3	-	0,6	0,8
	Ausländische Direktinvestitionen im Inland						
Insgesamt	96,1	284,0	312,4	345,2	100,0	100,0	100,0
Investitionsländer							
Europäische Union	35,0	193,2	218,1	241,9	36,4	69,8	70,1
. Frankreich	6,6	32,1	46,0	43,2	6,9	14,7	12,5
. Großbritannien	6,9	28,8	34,9	35,7	7,1	11,2	10,3
. Niederlande	15,6	57,5	60,7	81,5	16,3	19,4	23,6
Schweiz	13,3	21,7	23,6	22,6	13,9	7,6	6,5
USA	28,0	46,1	41,2	50,0	29,1	13,2	14,5
Japan	7,4	9,3	10,0	10,4	7,7	3,2	3,0
Schwellen- und Entwicklungsländer	1,9	7,6	10,3	10,6	2,0	3,3	3,1
- Brasilien	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0

Quelle:

Deutsche Bundesbank, Kapitalverflechtung mit dem Ausland

Kennzahlen:

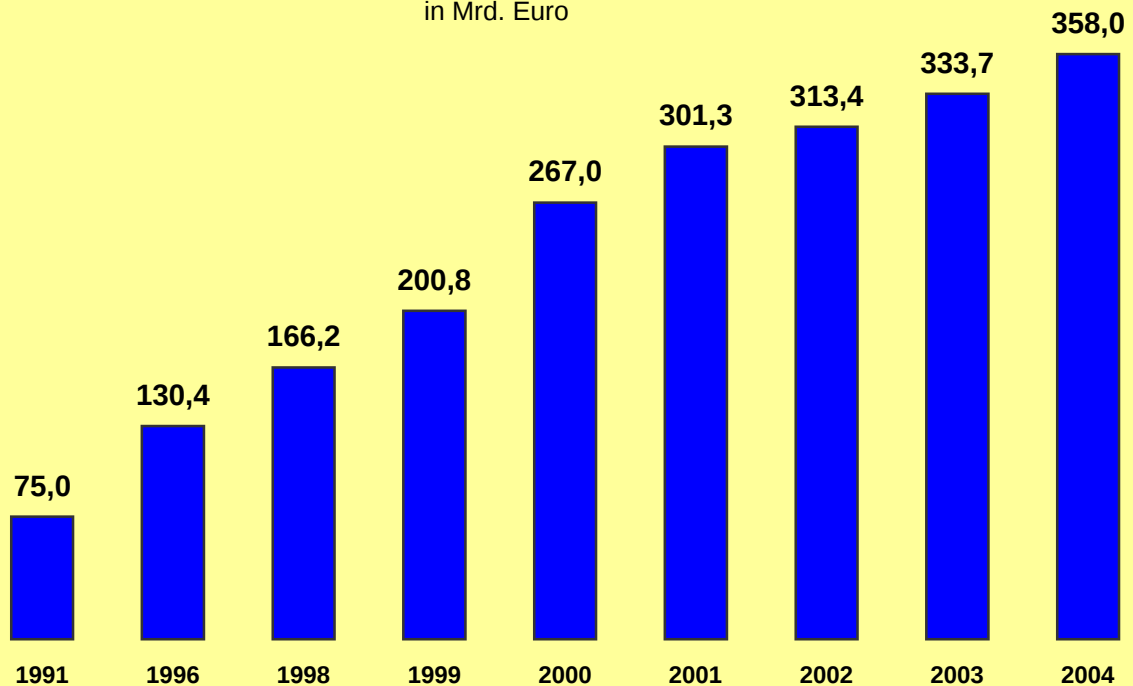
Unmittelbare und mittelbare Direktinvestitionen
 - direkte Beteiligungen, direkte Kredite
 - indirekte Beteiligungen z.B. über Holdinggesellschaften

Bemerkungen:

Bestände sind gegenüber dem Kapitalfluss von unterschiedlichen Bewertungskriterien der meldepflichtigen Unternehmen betroffen, z.B. Bilanz- oder Devisenkurse des Meldetages, nicht aber des Investitionstages. Grundsätzlich bestehen Direktinvestitionen, wenn eine Beteiligung von mehr als 10 Prozent vorliegt bei einem Unternehmen mit einem Betriebsvermögen von mehr als 3 Mio.

Deutsche Direktinvestitionen innerhalb der EU-Länder (EU25)

in Mrd. Euro



Quelle: Deutsche Bundesbank

Die Verunsicherung, wie sich die wirtschaftliche Lage nicht nur in Deutschland, sondern weltweit entwickelt, hat in den Jahren 2002 und 2003 zu einem Rückgang deutscher Direktinvestitionen im Ausland geführt. Von dieser Entwicklung sind nur die wichtigsten europäischen Handelspartner ausgenommen.

Im Jahr 2003 wurden deutsche Direktinvestitionen aus den Beitrittsländern zurückgeführt (1.932 Mio. Euro). Trotzdem hat sich der Bestand an den Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in der Region erhöht. Das bedeutet, die Unternehmen, an denen deutsche Beteiligungen bestehen, sind aus eigener Kraft gewachsen. Auf einem dynamisch sich entwickelnden Markt kein verwunderliches Phänomen.